

(A) Beginn: 10.05 Uhr

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich begrüße Sie zu unserer heutigen 133. Sitzung in dieser Wahlperiode und heiße Sie herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fernsehens, des Rundfunks und der schreibenden Presse.

Heute haben sich elf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung lasse ich gemäß § 39 unserer Geschäftsordnung über eine **Ergänzung der Tagesordnung** unserer Sitzung am **17. Dezember 1999** abstimmen. Die Fraktion der SPD hat gestern beantragt, die Tagesordnung der Plenarsitzung am 17. Dezember 1999 um den Tagesordnungspunkt "Einsetzung eines Untersuchungsausschusses IV gemäß Artikel 41 der Landesverfassung" zu ergänzen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung und das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann haben wir das einstimmig so **beschlossen**.

(B) Die Ergänzung wird in der Sitzung am Freitag als Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen. Der Untersuchungsauftrag und der Wahlvorschlag zur Wahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind noch in Bearbeitung und werden Ihnen unmittelbar nach der Fertigstellung zugestellt. Zur besseren Übersicht erhalten Sie dann einen zweiten Neudruck der Tagesordnung.

Wir kommen nun zur heutigen **Tagesordnung**. Wir **setzen die Haushaltsberatungen** vom 13. Dezember 1999 **fort**. Wir haben, meine Damen und Herren, gestern die Haushaltsberatungen nach der Beratung der Stellenpläne unterbrochen und setzen sie heute fort. Ich rufe auf:

**Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung**

mit den Teilbereichen a) Schule und Weiterbildung und b) Wissenschaft und Forschung. Ich weise auf die Beschlüßempfehlung Drucksache 12/4505 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/4530 bis 12/4535 hin.

Ich eröffne die **Beratung** zu dem Teilbereich

(C)

**a) Schule und Weiterbildung**

und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Recker für die Fraktion der CDU das Wort.

**Bernhard Recker (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bildung ist in der Tat das Megathema, das uns bereits in der Vergangenheit beschäftigt hat, aber in der Zukunft noch stärker gemeinsam beschäftigen wird. Die Menschen im Lande spüren immer mehr, daß Bildungspolitik nicht nur etwas mit Schule und Hochschule zu tun hat, sondern letztlich auch eine soziale Frage darstellt und vor allem eine Frage des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen ist.

Wer heute ohne Ausbildung bleibt, ist morgen arbeitslos und übermorgen Sozialhilfeempfänger. Bildung ist noch immer der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und die beste Vorbeugung gegen Arbeitslosigkeit. Wer sich den höchsten Lebensstandard, das beste Sozialsystem und den aufwendigsten Umweltschutz leisten will - und das wollen wir -, muß auch das beste Bildungssystem haben.

Dabei geht es nicht nur um Fragen der Schuldauer, der Benotungen, vergleichbarer zentraler Prüfungen - das sind alles wichtige Teilaspekte -, sondern letztlich geht es um die Kernfrage: Welche Zukunftschancen gibt unser Bildungssystem den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen?

(D)

Die ganze Dramatik im Zusammenhang mit Schule, Qualität von Schulabschlüssen und beruflichen Perspektiven wird durch folgendes Beispiel deutlich, das mir in den letzten Tagen von einem Betroffenen selbst berichtet wurde: Ein junger Mann aus Nordrhein-Westfalen hat sich bei einem großen Unternehmen in Süddeutschland mit einem Abiturdurchschnitt von 1,8 beworben. Er wurde dort um ganze zwei Noten heruntergestuft, also auf 3,8, und zwar ganz allein, weil er aus Nordrhein-Westfalen kam.

Das bedeutet, daß dieser junge Mann weniger Chancen hat. Er wird dafür bestraft, daß er hier zur Schule gegangen ist. Meine Damen und Herren, das kann und darf nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte Ihnen anhand einer Fülle von Beispielen verdeutlichen, daß unsere jungen Menschen aufgrund verheerender Ergebnisse bei allen Lei-

(Bernhard Recker [CDU])

- (A) stungsvergleichen weniger Chancen haben. Meine Damen und Herren, das ist der eigentliche Skandal Ihrer Bildungspolitik!

(Beifall bei der CDU)

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Das ist nicht das Verschulden der Schüler- und Lehrerschaft; denn fest steht, daß unsere jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen mindestens so begabt sind wie die in anderen Ländern. Unsere Kollegien sind mindestens so engagiert wie die in anderen Bundesländern.

(Widerspruch bei der SPD)

- Ja, ich weiß, meine Damen und Herren, das tut weh.

Wahr ist auch: In einer gerecht organisierten Gesellschaft muß jeder seine Chance auf Bildung gleichermaßen wahrnehmen können. Das genau ist in Nordrhein-Westfalen nicht mehr gewährleistet. Bildung und damit Lebenschancen werden vor diesem Hintergrund immer mehr zu einer Frage des Geldes. Sie wissen es alle: Millionenbeträge werden für Nachhilfestunden ausgegeben.

(Gisela Gebauer-Nehring [SPD]: In Bayern auch, Herr Recker!)

- (B) Gerade die Familien der Kinder, die sich das nicht leisten können, kommen dabei zu kurz. Das ist unfair und ungerecht. Meine Damen und Herren, das werden wir nicht mehr länger hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Das entspricht zwar nicht unseren Vorstellungen von Chancengerechtigkeit, ist aber leider das Fazit von 34 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik. Daß wir die schlechtesten Rahmenbedingungen haben, ergibt sich aus den nun wirklich objektiven Daten der Kultusministerkonferenz sowie des Statistischen Bundesamtes. Dazu einige wenige Beispiele:

Schüler-Lehrer-Relation: Bundesdurchschnitt 16,8 Schüler je Lehrer - NRW 18,3 Schüler je Lehrer. Das bedeutet Rang 16 und damit die "rote Laterne".

(Gisela Gebauer-Nehring [SPD]: Woher nehmen Sie diese Zahlen. Das stimmt doch nicht.)

Größe der Schulklassen: Hier nehmen wir mit 25,5 Schülern je Klasse im Bundesdurchschnitt den zweitletzten Platz ein. - Meine Damen und

Herren, das können Sie übrigens alles bei der GEW nachlesen. (C)

(Zuruf des Walter Greverer [SPD])

Unterrichtsstunden je Schüler: Auch hier Rang 16, sprich: Tabellenletzter.

(Gisela Gebauer-Nehring [SPD]: Abenteuerlich, was Sie da sagen!)

Nehmen Sie im übrigen auch einmal die Erklärung der GEW zur Kenntnis, daß an allen Grundschulen in Bayern 400 Stunden mehr erteilt werden als in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Die Grundschule hat dort ja auch sechs Jahre!)

Dazu auch das jüngst vom ZDF ermittelte Ergebnis zum Ländervergleich, nach dem NRW zwar eindeutiger, aber auch trauriger Spitzenreiter beim Unterrichtsausfall ist.

Herr Ministerpräsident, wie müssen Sie sich eigentlich angesichts Ihrer Aussage von vor fast 18 Monaten fühlen, daß Bildung, Wissenschaft und Forschung auf der Agenda der Landesregierung ganz oben stehen? Sie wollten NRW an die Spitze bringen. Wie in anderen Bereichen waren Sie im wahrsten Sinne des Wortes ein "blendender" Ankündigungsminister. Nur sind Ihren Sprüchen wieder einmal keine Taten gefolgt. Nicht Spitzenreiter sind wir, sondern Tabellenletzter auf einem Abstiegsplatz - und das zu Lasten junger Menschen, meine Damen und Herren! (D)

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, Sie sollten endlich die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen und aufhören, die Überbringer schlechter Nachrichten wie beim ZDF --

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Nicht einmal das kann er so vortragen! Der liest das alles ab.)

- Herr Ministerpräsident, hören Sie doch bitte auch einmal zu! - Sie sollten endlich verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Aber genau das haben Sie versäumt. Das gilt sowohl für die Vergangenheit wie für die Gegenwart und nach unserem Erkenntnisstand auch genauso für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, wie sah es denn in der Vergangenheit aus? Jahrelang haben Sie versucht, Ihren Haushalt zu Lasten der Schulen und der betroffenen Kinder zu sanieren. Fazit: größere Klassen, weniger Unterricht, mehr Arbeit für Leh-

(Bernhard Recker [CDU])

(A) rer - meine Damen und Herren, ein erbärmliches Fazit!

(Beifall bei der CDU)

Klagen über Unterrichtsausfall und immer größere Defizite bei den Leistungen der Schüler wurden brüsk zurückgewiesen, bis wissenschaftlich fundierte Leistungsvergleiche das Ergebnis - sprich: das Dilemma - rot-grüner Bildungspolitik schonungslos offenbart haben. Seit Jahren haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils immer eine Verbesserung abgelehnt. Wir hatten die entsprechenden Anträge gestellt.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, noch vor wenigen Monaten gab es für diese Regierung überhaupt keinen strukturell bedingten Unterrichtsausfall.

(Lothar Hegemann [CDU]: So ist es!)

Nun, über Nacht, der Sinneswandel bei Rot-Grün! Damit kommen wir zur Gegenwart, zur Aktualität der letzten Wochen und Monate. Mit Ihrem Nachtragshaushalt für dieses Jahr und dem Haushalt 2000 kommen Sie als sogenannter "Retter der Schulen" überall in die Medien. Das ist angesichts der Tatsache, daß Sie diese Situation jahrelang verursacht haben, ein makabres Spiel.

(B) (Renate Drewke [SPD]: Sie haben nicht zugestimmt!)

Wir freuen uns über jede Unterrichtsstunde, die mehr gegeben wird. Nur war Anlaß Ihres Handelns nicht das neuentdeckte Herz für die Schule, sondern einzig und allein der Druck der Eltern- und Lehrerverbände, der Unternehmen und der CDU, die das hier deutlich angeprangert haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Rahmenbedingungen geschaffen bzw. bessere in all den Jahren verhindert.

Nichts ist unehrlicher und führt zu mehr Politikverdrossenheit, als wenn man jetzt allein aus wahltaktischen Gründen mit sogenannten Großoffensiven für mehr Personal und Qualität auf die Straße zieht. Eltern, Lehrerverbände und die CDU waren es, die seit Jahren eine Verbesserung gefordert haben. Herr Ministerpräsident, das ist aber jahrelang hier im Hause abgelehnt worden. Daran kommen Sie nicht vorbei.

(C) Einige wenige Anmerkungen zu Ihren Vorschlägen zum Nachtragshaushalt 1999 und zum Haushalt 2000.

Was soll man eigentlich davon halten, ein 330-Millionen-Programm im Nachtrag 99 als Riesenerfolg zu feiern, wenn Sie allein bei der Stellenreserve in wenigen Jahren 400 Millionen gespart beziehungsweise bei den Schulen einkassiert haben? - Ohne auf Einzelheiten der Maßnahmen einzugehen, nur so viel: Diese Maßnahmen mildern ein wenig den Unterrichtsausfall - nicht mehr und nicht weniger!

Die ein- und zweijährigen Befristungen, die Sie angesetzt haben, zeigen doch, daß auch wahlkampfstrategische Gründe eine Rolle spielen. So sollen zwar mehr Dreiviertelstellen eingesetzt werden; allerdings werden dadurch mehr Lehrer, aber keine Unterrichtsstunde mehr gegeben.

Die Altersteilzeit und die Zwangsteilzeit für junge Lehrer sollen für den Landeshaushalt ein Nullsummenspiel darstellen. Was Sie hier machen, ist bestenfalls ein Stück Reparaturbetrieb.

Genau das gilt für den Haushalt 2000. Mit viel Mühe hat der Finanzminister unter dem Druck der öffentlichen Diskussion in seinem maroden Schatzkästlein noch eine stille Reserve gefunden, um wenigstens noch 1.000 neue Stellen zu schaffen - halbherzig, aber verhindern konnte er es Gott sei Dank nicht.

(D) Wir haben dem zugestimmt, nachdem im Ausschuß unser weitergehender Antrag zur Schaffung von 2000 Stellen und zur Schaffung einer Stellenreserve abgelehnt worden war. Diese 1.000 Stellen reduzieren lediglich einen kleinen Teil des immensen Unterrichtsausfalls an unseren Schulen.

Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD, wann nehmen Sie bitte endlich zur Kenntnis, daß wir in Nordrhein-Westfalen Tabellenführer sind, was den Unterrichtsausfall angeht, aber bei allen Leistungsvergleichen Tabellenletzter sind und uns nur ein Kraftakt aus dieser Situation befreien kann?

Was Sie hier vorgelegt haben, ist Aktionismus und Flickschusterei. Es fehlt ganz einfach eine Gesamtkonzeption, wie Sie die Situation in den nächsten Jahren verbessern wollen.

(Bernhard Recker [CDU])

- (A) Genau diese Konzeption legt die CDU mit ihrem Programm vor. Für uns hat Bildungspolitik Priorität Nummer 1 im aktuellen Handeln und nicht im Reden.

(Gisela Gebauer-Nehring [SPD]: Das sieht man in Hessen!)

Die hier vorgelegten Vorschläge der CDU geben sozusagen mit einem Befreiungsschlag Schulen, betroffenen Eltern und Schülern endlich wieder eine Perspektive. Wir haben ein Zweisäulenprogramm vorgelegt: Die eine Säule ist die Verbesserung der Grundversorgung, die wir in den nächsten Jahren weiter aufstocken werden, und die zweite Säule ist die Einführung einer 3%igen Stellenreserve für jede Schule.

(Gisela Gebauer-Nehring [SPD]: Das Geld liefern Sie mit?)

Unsere Vorschläge im einzelnen:

Erstens. Alle verfügbaren Lehrkräfte müssen für den Unterricht statt für ideologische Spielwiesen eingesetzt werden. Wir wollen von den ca. 1.000 erwirtschafteten Stellen für Projekte wie innere Schulentwicklung 500 Stellen zur Grundversorgung und zur Sicherung des Unterrichts einsetzen.

- (B) Zweitens. Zusätzlich müssen 2.000 neue Lehrer eingestellt werden. Das soll aber nicht über neue Planstellen geschehen, da der Schülerberg in einigen Jahren wieder abnehmen wird. Wir wollen die jungen Lehrer als Angestellte im Vorgriff auf künftig wegfallende Stellen einsetzen. Nach Ablauf des Schuljahres erhalten diese Lehrer eine Dauerbeschäftigung, weil dann durch Ausscheiden neuer Bedarf entstanden ist.

Drittens. Seit 1992 wurde die Stellenreserve von 4 % stufenweise abgeschafft. Wir fordern hier eine 3%ige Stellenreserve. Das entspricht 4.152 Lehrern. Ab dem Schuljahr 2000/2001 wird dann das Programm "Geld statt Stellen" gestrichen und werden die dann noch zur Verfügung stehenden Gelder dafür eingesetzt.

Die Stellenreserve versetzt die Schule in die Lage, eigenverantwortlich ein auf die konkreten Bedürfnisse der Schule zugeschnittenes Vertretungskonzept bereitzustellen. Zudem erhalten über 4.000 Lehrer endlich eine Berufsperspektive.

Wir stellen fest: Alle Ersatzlösungen wie "Geld statt Stellen" oder wie die in der jetzigen Form durchgeführten "Lehrerfeuerwehren" an Grund-

schulen haben sich nicht bewährt, sind in sich unstimmig und lösen das Problem des Unterrichtsausfalls nicht. Sie sind pädagogisch fragwürdig und ziehen einen riesigen Verwaltungsaufwand nach sich.

Für die Einführung einer Stellenreserve plädieren nicht allein die CDU oder die Lehrerverbände. Ich darf abschließend aus der Pressekonferenz aller schulformbezogenen Elternverbände vom 25. November zum Thema "Unterrichtsausfall" folgende Passage zitieren:

"Aus Sicht der Verbände ist die Vertretungsreserve als ein langfristig angelegtes und flexibles Konzept besser geeignet, dem Unterrichtsausfall entgegenzuwirken."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Zeiten knappster Kassen hat die CDU hiermit ein Signal gesetzt, das viele betroffene Schüler und Eltern jahrelang von dieser Regierung vermisst haben. Unter Verzicht auf manches Wünschenswerte haben wir hier die Priorität Nummer 1 gesetzt.

Seit Jahren haben wir uns für eine massive Verbesserung der Situation eingesetzt. Das wurde immer wieder von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Begehen Sie bitte nicht wieder denselben Fehler. Stimmen Sie unseren Anträgen zu, damit Jugend auch in Nordrhein-Westfalen endlich die Chancen erhält, die Sie durch Ihre Bildungspolitik bisher vorenthalten haben.

Sie haben leider die Zukunft junger Menschen zur finanzpolitischen Kalkulationsmasse gemacht. Das muß endlich ein Ende haben! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Degen für die Fraktion der SPD.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Recker, Abiturienten aus Nordrhein-Westfalen haben in Bayern gute Chancen, weil es in Bayern so wenig Abiturienten gibt. So einfach ist das!

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist Qualität von Schule eine Schule, die möglichst vielen das Erreichen hoher Schulab-

(C)

(D)

(Manfred Degen [SPD])

- (A) schlüsse ermöglicht. Das ist hier in Nordrhein-Westfalen der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz, daß wir bei den Schülern, die keinen Schulabschluß erreichen, mit 6,1 % die beste Quote im Vergleich aller Bundesländer haben.

(Beifall bei der SPD)

Das sind zwei Eckdaten, die Qualität von Schule ausmachen.

Sie sagten, die SPD habe ihr Herz für die Schule entdeckt. Wir haben immer ein Herz für die Schule gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben jetzt Schule als Mittel für politische Agitation entdeckt. Wenn man Ihr Programm einmal ansieht und mit dem vergleicht, was die CDU-Fraktion hier an Anträgen gestellt hat, dann kann man nur sagen: Das Programm wird als Propagandainstrument benutzt. Es gibt einen Teilaspekt von Schule wieder.

- (B) Berufliche Bildung findet bei Ihnen überhaupt nicht statt. Weiterbildung findet nicht statt. Bildung für Behinderte findet nicht statt. Sie haben in Ihrem Programm ein Segment aus Schule niedergeschrieben nach dem Motto: Links blinken, aber die Fraktion biegt nach wie vor überall rechts ab!

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat sich mit diesem Haushalt für das Jahr 2000 sehr viel Mühe gegeben, und wir haben sehr früh mit der Diskussion über diesen Haushalt angefangen. Denn er ist nicht nur der Rahmen für das, was Schule im nächsten Jahr machen kann, sondern hat auch Symbolkraft und zeigt, wo für die Zukunft Schwerpunkte gesetzt werden.

Bereits 1999 haben wir einige dieser Schwerpunkte gebildet und Maßnahmen auf dem Feld der kritischen Phase des Übergangs von der Schule zum Beruf ergriffen. Wir haben den Schwerpunkt auf die Förderung gelegt.

Der nächste konsequente Schritt war die Erarbeitung von Positionen, Impulsen und Schwerpunkten für den Nachtragshaushalt 1999. Ab Oktober hat uns dieser Nachtragshaushalt die Möglichkeit gegeben, mit verschiedenen Maßnahmen, die mit

dem Haushalt 2000 jetzt voll zum Tragen kommen, einzusteigen. Ich erinnere Sie daran: Sie haben diesem Nachtragshaushalt nicht nur nicht zugestimmt; Sie haben sich überhaupt nicht an der Diskussion darüber beteiligt. Der einzige von Ihnen, der zu diesem Nachtrag reden durfte, obwohl der Schwerpunkt des Nachtragshaushalts eindeutig im Bildungsbereich lag, war Ihr finanzpolitischer Sprecher, Herr Diegel. Und er hat diesen Nachtrag mit dem Wort "Unsinn" abqualifiziert.

Noch deutlicher zeigt sich das, was Sie wollen, daran, wie Sie mit der Frage des Unterrichtsausfalls umgehen. Sie haben einen Antrag gestellt, der fordert, Unterrichtsausfall penibel zu dokumentieren, beispielsweise, welche fachspezifischen Bedarfe bestehen. Dann aber greifen Sie zu einem Instrument, das pauschaler überhaupt nicht mehr sein kann. Das zeigt: Ihnen geht es überhaupt nicht um die Bekämpfung von Unterrichtsausfall, sondern Ihnen geht es um die Dokumentation von Unterrichtsausfall, um das auf Ihre politischen Mühlen zu lenken.

(Beifall der Brigitte Schumann [GRÜNE])

Wir haben im Haushalt insgesamt - dazu muß man den Haushalt 1999 mit dem Entwurf 2000 vergleichen, weil, wie schon gesagt, viele Beschlüsse zum Nachtragshaushalt im Haushaltsentwurf 2000 ihren Niederschlag gefunden haben - zusätzlich 1.836 Stellen bzw. diese Zahl an Einstellungsmöglichkeiten geschaffen. Sie wollen dem 2.000 Stellen entgegensetzen.

Wir haben für den 2000er Haushalt jetzt noch einmal 1.000 Stellen draufgelegt, um fachspezifischen Bedarf abzudecken. Für diese 1.000 Stellen setzen wir 92 Millionen DM ein. Das heißt: Wir wollen sie ab 01.02.2000 besetzen. Sie setzen für 2.000 Stellen 80 Millionen DM ein. Da Sie die Lehrer nicht unterbezahlen wollen, kann das doch nur bedeuten, daß Sie erst nach der Sommerpause mit der Besetzung dieser Stellen beginnen wollen - wenn Sie können. Daraus folgt: Wenn man das auf das Jahr umrechnet, sind das noch nicht einmal die tausend Stellen, die wir zusätzlich geschaffen haben.

Man kann wirklich mit Fug und Recht sagen, daß die Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen bereits jetzt mehr gehalten als die CDU-Opposition versprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Manfred Degen [SPD])

- (A) Wir haben drei eindeutige Schwerpunkte gesetzt. Neben den Maßnahmen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls wollen wir die schrittweise Ausweitung der Betreuungsangebote.

(Zuruf des Hans-Peter Lindlar [CDU])

- In Ihrem Programm habe ich sehr viel darüber gelesen, wie wichtig das wäre, aber einen Antrag von Ihnen zu diesem Punkt habe ich bisher nicht gefunden. Wer kündigt an, und wer hält etwas in diesem Bereich?

Wir setzen das Programm für die verlässliche Grundschule fort und haben 4 Millionen DM eingesetzt, um es mit diesem erfolgreichen Programm zu ermöglichen, mehr Gruppen als eine an jeweils einer Primarschule einzurichten. Wir gehen noch einen Schritt weiter und wollen Ganztagsangebote für die Schülerinnen und Schüler des 5. und 6. Schuljahres, also den Einstieg in den Sekundarbereich I schaffen, und haben dafür 16 Millionen DM eingesetzt.

In diesem Zusammenhang muß man, weil Sie im Vorfeld das Thema "Ganztagsschulen" so hochgehängt haben, noch einmal deutlich machen, daß es in Nordrhein-Westfalen die meisten Ganztagschulen und das nicht nur in Form von Gesamtschulen in der Bundesrepublik gibt.

(B)

(Beifall bei der SPD)

23 % aller Sekundarstufen-I-Schüler besuchen in Nordrhein-Westfalen eine Ganztagschule.

Und wir haben einen weiteren Schwerpunkt gesetzt: Wir wollen, daß den Schülerinnen und Schülern möglichst umfassende Medienkompetenz vermittelt werden kann. Dafür haben wir in den Haushaltsentwurf ein Programm eingestellt, die sogenannte e-initiative, die über fünf Jahre mit 70 Millionen DM ausgestattet ist. In diesem Jahr werden 14 Millionen DM davon zur Verfügung gestellt.

Wir unterfüttern diese Aktion zusätzlich, indem wir 6 Millionen DM für spezielle Lehrerfortbildung in diesem Bereich ausgewiesen haben und indem wir im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 65 Millionen DM für die Anschaffung von Computern für die Schulen festschreiben.

Wir haben zu diesem Haushalt 21 Anträge im Bereich der Weiterbildung, des Nachholens von Schulabschlüssen, der Ermessensmittel bei GÖS usw., usw. gestellt.

Sie haben drei Anträge gestellt - im letzten Moment. Es geht darin um die 2.000 Vorgriffseinstellungen, wozu ich bereits ausgeführt habe, wieviel das im Volumen überhaupt ausmacht. Und interessanterweise haben Sie diese Stellen, die erst im Herbst 2000 besetzt werden sollen, bereits für den 1. August 2001 wieder kw gestellt. Das heißt: Sie wollen die Stellen nur für ein Jahr.

Man kann sagen: Entweder ist Ihnen hier ein handwerklicher Fehler unterlaufen, oder Sie sind in dieser Position ehrlich, wenn man einmal sieht, was in Hessen das Wort "Unterrichtsgarantie" von den Lippen der CDU bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Dort ist vor den Wahlen groß angekündigt worden: Wir geben eine Unterrichtsgarantie! - Wie wird denn diese Unterrichtsgarantie in Hessen finanziert? - Es wird die verlässliche Grundschule abgeschafft, es wird der muttersprachliche Unterricht eingeschränkt, und die Zuschüsse für Weiterbildung werden um ein Drittel gekürzt.

Dann gehen Sie hin und nehmen 500 Stellen aus dem Zeitbudget, um damit - Ihre Begründung - "Unterrichtsgarantie trotz steigender Schülerzahlen" zu gewährleisten. Unsere 1.000 Stellen reichen nicht aus. Ihre 500 Stellen, die gar nicht zusätzlich sind, reichen nach Ihrer Begründung für eine Unterrichtsgarantie bei steigenden Schülerzahlen aus. Wie Sie diese Logik nach außen verdeutlichen wollen, ist mir völlig schleierhaft.

Etwas zu der Stellenreserve: Sie sind da nun wirklich an Opportunismus nicht zu übertreffen. Sie haben die 3 % Stellenreserve nicht ausgerechnet. Der VBE ist ganz stolz, daß die CDU den Vorschlägen gefolgt ist; dieser hatte 3,1 % Stellenreserve ausgerechnet.

Sie müßten wissen, daß wir zu Beginn der 90er Jahre - ich glaube, es war 1992 - die größten Diskussionen um Unterrichtsausfall geführt hatten, und zwar in einer Situation, in der wir in allen Schulkapiteln kw-Vermerke hatten und in der wir 12.000 Lehrerstellen für Lehrer hatten, die gar keinen Unterricht gaben, sondern irgendwo in Ermäßigungsbereichen tätig waren. Wir führten die größten Diskussionen, als wir die vierprozentige Stellenreserve zusätzlich an allen Schulen hatten.

(C)

(D)

(Manfred Degen [SPD])

- (A) Meine Damen und Herren, wir brauchen differenzierte Maßnahmen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, wie wir das durch Aufstocken des Programms "Geld statt Stellen" und durch die Einrichtung des zusätzlichen Stellenpools für Grundschulen machen.

In Ihrem Programm habe ich gelesen, daß Sie am Ende einer jeden Schulform eine Prüfung verlangen. Gäbe es solche Prüfungen am Ende einer Oppositionszeit, so hätten Sie diese auch in diesem Jahr wieder nicht bestanden.

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]:  
Am Ende einer Opposition!)

Und wenn wir die Kopfnoten hätten, dann will ich gar nicht sagen, was wir Ihnen für Noten für häuslichen Fleiß und für die Beteiligung an der Diskussion erteilen müßten. Der Wähler wird das im Mai honorieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Bernhard Recker [CDU]: So ist das!)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Frau Kollegin Schumann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(B)

**Brigitte Schumann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es mir gedacht, Herr Recker: Ihre Rede ist so ausgefallen, wie es vorauszusehen war.

Zunächst werfen Sie uns vor, wir würden mit den haushaltspolitischen Kraftanstrengungen, die wir 1999 und 2000 unternehmen, Wahlgeschenke ausbringen. Da frage ich zurück, Herr Recker: Wer macht denn hier Wahlkampf mit der Bildungspolitik?

(Bernhard Recker [CDU]: Das haben wir vier Jahre beantragt!)

Wer baut sich als Retter von Schule in der Meidericher Kraftzentrale auf, und welche Herrschaften tun so, als könnten sie vor Kraft nicht mehr laufen?

(Lothar Hegemann [CDU]: Heini Hunger!)

Das Ganze wird mit wohlfeilen Versprechungen in Richtung Schule und Elternschaft und mit infamen Unterstellungen garniert, wie man es schon

dem Titel Ihres Wahlprogramms, nämlich "Bildungschancen verbessern - Schule in Ordnung bringen" ansehen kann. (C)

(Lothar Hegemann [CDU]: Genau!)

So haben Sie auch Ihre Rede aufgebaut: Sie haben die Unterstellungen hier fortgesetzt und ausbreitet, daß Schüler aus Nordrhein-Westfalen in anderen Bundesländern keine Chancen hätten.

Herr Recker, da kann ich einerseits nur das sagen, was mein Kollege Degen bereits gesagt hat.

(Bernhard Recker [CDU]: Das ist aber nicht viel!)

Andererseits kann ich dazu sagen, daß die Leistungsvergleiche, die Sie immer an diesen Stellen als Hinweis und Untermauerung Ihrer Thesen ausbreiten, die Schulabschlüsse seien schlechter, das nicht hergeben. TIMSS 2 und 3 tun dies ausdrücklich nicht. Es tut mir leid, wenn ich das hier einmal deutlich sagen muß. Sie können sich dabei nicht auf Baumert berufen; der hat sich öffentlich von solchen Auslegungen, wie Sie sie hier darlegen, distanziert. Und was BIJU angeht - darüber können wir gerne reden -, wissen wir doch, daß diese Studie mehr als umstritten ist, auch in der Fachwelt.

(D)

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Mit anderen Worten: Sie reden hier in Ihrem Beitrag die Schülerleistungen in Nordrhein-Westfalen schlecht. Und das werfen wir Ihnen vor!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie produzieren Effekte, die Benachteiligungen hervorbringen. Das sind die Wirkungen infamer Unterstellungen.

Und was die Chancengleichheit angeht - Sie nennen Ihren Anspruch "Bildungschancen verbessern" -: Da sind wir Marktführer. Die Sozialstatistik des Deutschen Studentenwerkes von 1998 - sie ist sehr dick; möglicherweise haben Sie sie nicht gelesen oder ignorieren sie bewußt - weist aus, daß in Nordrhein-Westfalen die Chancen von Arbeiterkindern ungleich höher sind als in Bayern - oder sagen wir einmal: in all den Ländern südlich des Mains -, das Abitur zu machen oder die Fachhochschulreife zu erwerben. Da ist ein Nord-Süd-Gefälle sehr deutlich nachvollziehbar, und insofern müssen wir uns nicht von Ihnen er-

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) zählen lassen, wie man Chancengleichheit verbessert.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich habe Lust darauf, Ihre Haushaltsanträge noch einmal auf Seriosität abzuklopfen, denn Sie machen ja damit Wahlkampf. Wir wollen doch einmal sehen - durch einen Blick über den Zaun nach Hessen -, wie unter realen Bedingungen politischer Verantwortung die wohlfeilen Versprechungen dann in der Realität umgesetzt werden. Nach den Erfahrungen in Hessen wissen wir, welche realen Befürchtungen Eltern und Kinder haben müssen, wenn die CDU die tatsächliche Zuständigkeit für die Bildung nach dem 14. Mai in die Finger bekäme. Aber wir werden schon dafür sorgen, daß das nicht passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Wie machen Sie es denn in Hessen bei Herrn Koch? - Muttersprachlicher Unterricht für Migrantenkinder wird zugunsten der Unterrichtsgarantie kassiert. Dagegen hat die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichts stets bestätigt. Sie hat keine einzige Stelle geopfert und wird auch in Zukunft keine einzige Stelle dem Finanzminister opfern. Wenn, dann kann es aus grüner Sicht nur um eine Aufstockung für die konsequente Förderung von Mehrsprachigkeit gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten an den ca. 4.000 Stellen fest, die für muttersprachlichen Unterricht und für Integrationshilfen von Migrantenkindern, zugewanderten Kindern im Haushalt eingestellt sind.

Wie hält man es in Hessen mit den behinderten Kindern? Schauen wir einmal nach. Zieldifferenter gemeinsamer Unterricht. Auch da gibt es Ankündigungen, daß diese Angebote fallen sollen. Wenn sie bisher noch nicht gefallen sind, dann deswegen, weil Eltern massiv interveniert haben und Sie in Hessen Angst davor hatten, das zu realisieren. Wir warten ab, wann es kommt, und es ist schon klar, daß es auf der Streichliste ist. Wir haben in Nordrhein-Westfalen dagegen nicht dem Abbau von Stellen im Bereich des gemeinsamen Unterrichts das Wort geredet. Wir haben welche dazu geschaffen. Daß dies aus grüner Sicht nicht ausreichend erfolgt ist, insbesondere im Grundschulbereich, haben wir immer öffentlich bedauert und - das sage ich hier - muß man problematisie-

ren. Aber das steht auf einem ganz anderen Blatt als die Politik, die Sie verfolgen. (C)

Mir ist auch klargeworden: Sie haben keine einzige Aussage in dem Wahlprogramm gemacht zugunsten von Migrantenkindern und keine zugunsten von Behinderten. Das soll man hier deutlich sagen: Die CDU in Hessen verweigert bestimmten benachteiligten Gruppen eindeutig die notwendigen Integrationshilfen. Wie gesagt, der Hinweis auf Ihr Wahlprogramm ist da sehr erhellend.

Übrigens: Was Unterrichtsausfall angeht - der ist in Hessen beileibe nicht behoben. Fragen Sie die Schulen, fragen Sie die Eltern und die Kinder. Was die Stundentafel in Hessen angeht, höre ich, daß der Musikunterricht beispielsweise in diesem Schuljahr eine Kürzung erfahren hat. Ich frage zurück, Herr Recker, warum werfen Sie mit Steinen auf uns, wenn Ihre Leute in anderen Bundesländern im Glashaus sitzen und wenn Sie zum Beispiel bis heute nicht deutlich gemacht haben, wie Sie die zusätzlichen Stellen in der nächsten Legislaturperiode eigentlich finanzieren wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre die eigentlich interessante Frage. Nicht die Versprechungen sind es, sondern die seriösen Konzepte und die Berechnungen, wie man es machen will. Daß frisches Geld hinzukommt, glaubt Ihnen doch kein Mensch. Da muß man nicht erst nach Hessen gucken. Wir werden erleben, daß Sie alles, was zur Qualitätsverbesserung von Unterricht und Schule beiträgt und von uns im Haushalt finanziert wird, herausstreichen werden, um Unterricht pur zu erteilen. Wir sagen Ihnen: Lernen ist Unterricht und mehr. Das scheinen Sie vergessen zu haben. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Haushalt 2000, den Sie vorgelegt haben, ist erhellend für die Mogelei. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, Sie hätten für den Haushalt 2000 das bessere Konzept und den größeren Mitteleinsatz. Beides ist falsch. Mein Kollege Degen hat das vorgerechnet. Sie fordern 2.000 Stellen, aber erst ab 1. August, mit 80 Millionen DM im Haushalt, und wir stellen zum 1. Februar 1.000 Stellen bereit und haben 92 Millionen DM dafür vorgesehen. Ich bitte Sie, auf dem Teppich zu bleiben und ehrlich zu sagen, was hier eigentlich gemacht wird. Sie finanzieren Teile Ihrer Forderungen durch Kürzungen von bestehenden Positio-

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) nen und stellen sich als Wohltäter dar. Dabei kürzen Sie, was zusätzliche Qualität in die Schulen bringt, zum Beispiel das Zeitbudget für besondere Aufgaben.

Mit der Verdoppelung des Programms "Geld statt Stellen" für langfristige Fehlzeiten und der Einrichtung eines Vertretungspools für Grundschulen in der Höhe von 800 Einstellungen bzw. 600 Stellen für kurzfristige Fehlzeiten des Lehrpersonals haben die Koalitionsfraktionen ein Instrumentarium geschaffen, das, in Geld ausgedrückt, an die Stellenreserve von 3 % herankommt. Sie haben unter anderem durch Streichung der beiden Instrumente die Stellenreserve wieder einführen wollen. Es geht also beileibe nicht darum, wer mehr tut, sondern es geht darum, wer das richtige Instrument hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) 3 % Stellenreserve sind für die Abdeckung von kurz- und langfristigen Fehlzeiten in den Schulen nicht bedarfsgerecht. Das wissen Sie genauso gut. Also gilt die Frage: Welche Lösung entfaltet denn dann die größere Flexibilität und die Zielgenauigkeit für das Gesamtsystem? Wenn die Mittel jeweils an die Schulen gebunden werden, können Sie nicht dahin flexibel gebracht werden, wo die Notwendigkeit der Unterstützung am größten ist. Deshalb ist das Instrumentarium, das wir hier vorsehen, das flexiblere und zielgenauere. Selbst an den einzelnen Schulen sind Probleme vorprogrammiert, denn die Stellenreserve wird in das Unterrichtsangebot eingerechnet. Das bedeutet, daß die Schulen die Lehrerinnen für die Vertretungszwecke im Rahmen der Stellenreserve nicht immer unmittelbar mobilisieren können, wenn sie gebraucht werden. Soviel zum Instrumentarium. Erzählen Sie bitte nicht weiter, Sie würden mehr tun.

Interessant ist, was Sie nicht gefordert haben; ich möchte das herausstellen. Sie polemisieren dauernd gegen die Einführung des bedarfsdeckenden Unterrichts, aber nirgendwo, Herr Recker, in Ihren Haushaltsforderungen gibt es einen Antrag, der die Ersetzung des bedarfsdeckenden Unterrichts durch die Einrichtung zusätzlicher Stellen fordert. Der bedarfsdeckende Unterricht ist also - Herr Recker, ich bitte Sie zuzuhören - inzwischen ein akzeptiertes Element innerhalb des Bildungsprogramms der CDU. Wenn das so ist, Herr Recker, dann möchte ich darum bitten, daß Sie in den öffentlichen Diskussionen nicht weiter in opportu-

- (C) nistischer Weise die Befürchtungen von Eltern gegen die Auswirkungen des bedarfsdeckenden Unterrichts schüren, ohne eine Alternative anzubieten. Das ist unerträglich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben von der CDU im Gegensatz zu uns keinen Antrag zur Ausweitung von Ganztags- und Betreuungsangeboten eingebracht, obwohl Sie sich hier zum Wortführer für familienergänzende Angebote aufgekröpft haben. Wir handeln. Wir werden auch weiterhin darauf achten, daß die wichtigen Angebote, die für den außerunterrichtlichen Bedarf zusätzlich wichtig sind und ergänzend wirken, Vorrang erhalten und in die Fläche kommen. Das tun wir auch bei dem Angebot "Schule von 8 bis 1". Auch da werden wir durch die Aufstockung um 3 Millionen DM den Schulen bald die Möglichkeit eröffnen, weitere Gruppen anzubieten.

Wir haben die Lehrerfortbildung beispielsweise erhöht. Da kann man nur sagen: Da haben Sie nichts getan. Und in Hessen sieht es wiederum so aus, daß die Lehrerfortbildung zusammengestrichen wird. Das ist also die Entwicklung unter einer konservativ verantworteten Bildungspolitik.

(D) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Frau Kollegin Schumann, ich muß Sie auf das Ende der Redezeit aufmerksam machen. Sie haben die Redezeit schon überschritten.

**Brigitte Schumann (GRÜNE):** Ich habe schon sehr stark gekürzt. - Ich möchte zum Ende kommen und folgendes sagen: Selbst bei der Weiterbildung mußten wir Sie quasi dazu bringen, unseren Anträgen zuzustimmen. Sie haben das getan, ohne eigene Initiative. Einen Antrag haben Sie abgelehnt. Auch da kann man mit Blick auf Hessen sagen: Die Volkshochschulen in Hessen bekommen unter Herrn Koch und der konservativen Regierung 30 % weniger Zuschüsse.

Ich glaube, ich habe mit diesen Beispielen deutlich gemacht, daß Sie in Schulfragen nicht der Fortschritt sind, für den Sie sich ausgeben. Wir werden Ihnen massiv widersprechen, wenn Sie in den Wahlkampfzeiten mit Falschmeldungen gegen uns opportunistisch Politik machen wollen. Ich denke, wir werden den Eltern und Schulen deutlich ma-

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) chen können, wer hier im Bildungsbereich kompetent ist.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile der Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung Frau Behler das Wort.

**Gabriele Behler,** Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung: Man ist nach manchen Teilen der Debatte heute morgen versucht, mit dem Ausspruch zu beginnen: Mein Gott, Walter! Ich meine ausdrücklich nicht Herrn Walter Greverer.

Herr Recker, wenn Sie meinen, daß Sie sich in der Orientierung auf Ihren Kollegen Reul großen Zuspruch in der Bevölkerung erarbeiten können, mögen Sie es für ein Erfolgsmodell halten. Mich wundert es etwas.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Von Herrn Reul sind wir es ja gewohnt, daß es unendlichen Aufstand gibt und die Lautstärke den Inhalt ersetzt. Aber ich denke, der Blick auf Fakten ist besser, um zu seriösen Beurteilungen von Politik zu kommen. Sie haben nun einmal das Problem, daß Sie mit einem Landesvorsitzenden Bildungspolitik vertreten müssen, dessen Bilanz schlicht und einfach die eines Verlierers gewesen ist - und zwar ausweisbar an harten Daten, in Mark und Pfennig in jedem Bundeshaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Genauso nachweisbar ist es nun einmal, daß der Bildungshaushalt und der Schulhaushalt im Land Nordrhein-Westfalen kontinuierlich in großen Sprüngen Jahr für Jahr gestiegen sind - nicht erst zum Jahr 2000, sondern seit 1995. Das ist zunächst einmal schlicht und einfach ein Fakt. Das kann man nachlesen. Dafür muß man einfach einmal in den Haushalt gucken.

Es gibt drei Grundmelodien, die mir in der bildungspolitischen Diskussion aufgefallen sind - heute morgen, aber auch in der einen oder anderen Woche. Die erste Grundmelodie lautet: Wer bietet mehr? Dazu haben Sie heute einen guten Beitrag geleistet.

Gucken wir uns doch einmal die Vorgeschichte an. Da startet Ihr neuer Parteivorsitzender im

Frühjahr mit der Parole: 2.000 zusätzliche Lehrerstellen müßten es schon sein. Dann hat die Landesregierung mehr als 3.300 zusätzliche Einstellungen beschlossen. Da war Ihnen ganz schnell klar: Was ein Pech, Ihr Parteivorsitzender war zu tief geflogen. Also sprachen Sie dann in den nächsten Veröffentlichungen aus Ihren Reihen wieder anders. Man wußte es nicht genau. Eine Stelle pro Schule sind 7.000 Stellen. Mal waren es 5.000 Stellen. Einige Verbände sattelten noch einmal drauf. Sie erkannten das Prinzip und sprachen schnell von 10.000 Stellen.

Es gibt also eine Inflation an Forderungen. Das hat aber mit der Bearbeitung von Sachfragen und damit der Bearbeitung von Problemen letztlich nichts zu tun. Auch wenn Weihnachten näher rückt - dies hier ist nicht der Ort für fromme Wünsche, sondern hier ist der Ort für Handeln nach Vernunft, und zwar nach Kriterien, die nachweisbar sind und aufgezeigt werden. Da ist der Bildungsbereich - das wissen Sie eigentlich auch ganz genau - sehr viel komplexer, als daß man es mit einfachen Wunschzetteln an das Christkind bewenden lassen kann.

Ich will es noch einmal untermauern. Konkret im Ausschuß sollten es noch einmal 1.000 kw-Stellen sein. Ich finde es interessant, daß die dann 2001 schon wieder kw-gestellt waren. Dann weiß man ja, für welchen Zeitraum Sie rechnen. Es ist auch hochinteressant zu sagen, diese 1.000 Stellen brauchen wir erst zum 1. August nächsten Jahres. Da muß ich Sie doch fragen: Entweder ist das Problem nicht so groß, daß wir sie sofort bräuchten, oder aber Sie wollen gar nicht, wenn das Problem groß ist, daß es vorher gelöst wird? Das heißt, Sie wollen Ihr Süppchen darauf kochen?

(Beifall bei der SPD)

Mit Seriosität in Haushaltsberatungen, erst recht mit Seriosität in der Bildungspolitik hat das überhaupt nichts zu tun.

Dann kommen Sie wieder mit der Stellenreserve. Das ist nun auch keine Erfindung der Landesregierung, daß die Stellenreserve ein inadäquates Instrument ist, um tatsächlich Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Herr Kollege Degen hat darauf hingewiesen. Die Firma Kienbaum hat in den 90er Jahren darauf hingewiesen. Es ist auch mit gesundem Menschenverstand nachvollziehbar, daß man dann, wenn man grundsätzlich eine Verteilung von Stellen an Schulen hat, selbstverständlich

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) und auch mit gutem Gewissen die Lehrerinnen und Lehrer, die auf diesen Stellen sitzen, im allgemeinen Unterricht einsetzt.

Wir haben doch reale Erfahrungen nicht nur aus den 80er Jahren und dem Anfang der 90er Jahre. Wir haben sogar reale Erfahrungen aus dem letzten und vorletzten Jahr, überall da nämlich, wo tatsächlich die reale Versorgung zum Beispiel mit 5 % über dem AVO-Bedarf lag. Das führte nicht dazu, daß gerade an diesen Stellen tatsächlich die Reserve für aktuellen Bedarf bei Krankheit, bei Fortbildung, bei Organisationsfragen usw. befriedigt werden konnte. Gerade da war die Not mit am größten, denn diese Stellen wurden verbraucht, in der Organisation, in kleineren Klassen, in zusätzlichen Kursen usw. Das wissen Sie ganz genau. Das sind Erfahrungen, die wir allesamt gemacht haben. Nicht umsonst hatte uns damals ein unabhängiges Beratungsunternehmen gesagt: Das ist nicht das richtige Instrument. Sie brauchen flexible Reaktionen. Der Kollege Degen hat darauf hingewiesen.

- (B) Interessant finde ich auch die Vorschläge zur Deckung. Am Punkt des Zeitbudgets kann man meiner Meinung nach sehr schnell und sehr gut sehen, welche qualitativen Unterschiede tatsächlich zwischen Ihrer Bildungspolitik und unserer Bildungspolitik bestehen. Sie reden neuerdings viel über Gerechtigkeit, über Bildungschancen und Zugänge für andere.

Da haben wir das Instrument des Zeitbudgets, um Schulen in besonders schwierigen Bedingungen tatsächlich mit zusätzlichen Mitteln zu helfen. Wir alle wissen - auch das ist Alltagserfahrung -: Eine Schule in einem sozialen Brennpunkt, eine Schule in einem Stadtviertel mit besonderem Erneuerungsbedarf hat ein anderes, ein höheres Maß an erzieherischen Problemen zu bewältigen als eine in einem Viertel, das mit Einfamilienhäusern bestückt ist, in dem die Menschen überproportional viel geregeltes Einkommen haben und die Versorgung der Kinder auch am Nachmittag gewährleistet ist.

Für Bereiche in sozialen Brennpunkten haben wir zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt. Genau die wollen Sie kürzen, weil es Ihnen offenkundig nicht darauf ankommt, hier für sozialen Ausgleich auch kompensatorisch zu sorgen. Das ist dann Ihr Ansatz, wenn er konkret wird.

Die zweite Melodie, die Sie anstimmen, könnte man etwa wie folgt umschreiben: "Wie ich denn

nie mehr wissen möchte, was ich gestern oder vorgestern gesagt habe." Auch dafür gibt es viele Beispiele. Der bedarfsdeckende Unterricht von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtlern ist schon angesprochen worden. Ich will gar nicht in die Jahrzehnte zurückgehen, aber wir wissen doch, daß Sie, Herr Reul, schon 1996 für die CDU im Parlament bedarfsdeckenden Unterricht gefordert haben. Sie wollten dann 1997/1998 nicht mehr viel davon wissen, weil es Widerspruch, Proteste dagegen gab.

Heute gucken wir nach Hessen und sehen, wie der bedarfsdeckende Unterricht dort angehoben wird, und zwar auf deutlich mehr als die Stundenzahl in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen die Stundenzahlen, die Referendare an bedarfsdeckendem Unterricht in Bayern und Baden-Württemberg erteilen. Vielleicht erkundigen Sie sich dort einmal bei Ihren Parteikolleginnen und -kollegen nach den Ursachen für diese Entscheidungen.

Wenn das alles nicht interessiert, weil wir hier in Nordrhein-Westfalen sind und andere Bedingungen haben, dann frage ich Sie: Wo ist denn der Antrag dazu bei den Haushaltsberatungen geblieben? Nicht einmal den Antrag haben Sie eingebracht. Sind Sie jetzt doch dafür? Oder möchten Sie nur, daß man nicht mehr darüber redet? So einfach können wir und wollen wir Sie nicht entkommen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Auch der zweite Punkt, den ich hier anführen will, zeigt sehr gut, wie schwierig offenkundig über die Zeit die Meinungsbildung bei Ihnen ist. Ich spreche von GÖS. "Gestaltung und Öffnung von Schule" ist ein Programm, das mit relativ kleinen Mitteln für die einzelne Schule unglaublich viel an Leben und Bewegung in die Schulen hineingetragen hat. Es gibt ein unbürokratisches Verfahren, das Schulen bei besonderen Aktivitäten Hilfen zur Verfügung stellt.

Wir haben hier im Landtag den Kongreß gehabt. Man hat es sehen können. Wir wissen auch: Das Programm wirkt in der Fläche. Wir hatten darüber auch eine sehr ernsthafte Diskussion im Ausschuß für Schule und Weiterbildung mit differenzierten Stellungnahmen. Sie haben selbst für die CDU gesagt: Ihre ursprünglich negative Haltung könnten Sie hier nicht aufrechterhalten. So! Aber Sie haben sich schon damals im Ausschuß nicht dazu durchringen können, das Programm wenigstens zu unterstützen. Da haben Sie sich dann

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) enthalten nach dem Muster: Auch Enthaltung ist bei der CDU innovativ.

Was die Haushaltsanträge angeht, da wollen Sie die leichte Erhöhung der Mittel nicht mittragen. Auch da sage ich: Sie reden viel über Schulen, aber das, was die Schulen ganz konkret brauchen, das wollen Sie ihnen nicht zur Verfügung stellen, oder Sie versuchen, es unter den Teppich zu kehren.

(Bernhard Recker [CDU]: Unsinn!)

Sie reden über Selbständigkeit von Schule. Ich freue mich darüber. Es hat ja nun drei Jahre gedauert, bis Sie uns von der angeblichen Beliebtheit hin zur Selbständigkeit der Schulen gefolgt sind. Frau Schavan mußte Sie auch in einer großen überregionalen konservativen Tageszeitung belehren, daß das schon länger Position in Baden-Württemberg sei. Nur die nordrhein-westfälische CDU hatte es noch nicht verstanden.

(Bernhard Recker [CDU]: Quatsch!)

Wenn es aber darum geht, dieses konkret werden zu lassen, dann ziehen Sie sich zurück. Dann wollen Sie damit plötzlich nichts mehr zu tun haben. Auch das werden die Schulen merken.

- (B) (Manfred Kuhmichel [CDU]: Wovon träumen Sie eigentlich nachts?)

Das dritte, was man bei jeder Debatte wieder beobachten kann, die dritte Melodie: Die eine Hand weiß nicht, was die andere Hand tut. Da redet Herr Diegel noch gestern von diesem Platz aus darüber, wie man denn sparen müsse, wie man den Haushalt konsolidieren müsse, wie man denn die Personalquote absenken müßte. Das Personal im Land besteht doch überwiegend aus Lehrerinnen und Lehrern; das wissen Sie doch ganz genau. Man kann nicht an einem Tag die Senkung fordern und am nächsten Tag laut beklagen, daß es doch zu wenige wären. Auch das merken die Leute. Dazu ist es zu offenkundig.

(Beifall bei der SPD)

Eines will ich noch anführen: Bei den Bildungsausgaben pro Kopf der 6- bis 21jährigen - das sind ja die, über die wir reden - im Ländervergleich der Bundesrepublik Deutschland liegen die Stadtstaaten vorne - was auch nicht verwunderlich ist, sage ich in Klammern. Das ist richtig: Drei Stadtstaaten liegen vorne. Aber Nordrhein-Westfalen liegt bei den 16 Ländern auf Platz 6, und zwar

vor Bayern und mit weitem Abstand vor Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Auch das sollten Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Also, Ihren Aussagen fehlt die Seriosität. Die Unterrichtsgarantie, mit der Sie durch die Lande ziehen, die können wir schon seit 1996 geben. Sie haben es bloß nicht gemerkt.

Im übrigen glaubt Ihnen das, was Sie alles erzählen, sowieso kein Mensch. Ihnen fehlt die Fantasie! Denn Schulen in Bewegung - das ist etwas, damit werden Sie bis heute nicht fertig. Sie können bis heute nicht ablassen von der langen Leine. Wie man das im einzelnen entwickeln, unterstützen und steuern kann, das haben Sie bis jetzt nicht begriffen!

(Beifall bei der SPD)

Ihre Generalsekretärin hat neulich einen bemerkenswerten Satz gesagt. Sie hat nämlich in einem ganz anderen Zusammenhang davon gesprochen, daß sie hoffe, ihre Vorstellungskraft nicht zu sehr erweitern zu müssen. Diese Hoffnung ist an sich schon bemerkenswert. Ich glaube aber, für Sie sagen zu können: Nicht einmal das Prinzip Hoffnung trägt. Sie können Ihre Vorstellungskraft gar nicht so erweitern, wie es notwendig wäre. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Wird zu diesem Komplex noch das Wort gewünscht? - Kollege Reul, bitte schön!

**Herbert Reul (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein paar Sachen gilt es doch klarzustellen.

Ich empfehle Ihnen, ehe Sie hier Papiere der CDU zitieren, diese ordentlich zu lesen. Dann werden Sie feststellen, daß zum Beispiel auch der Bereich "behinderte Kinder" in unseren Beschlüssen vorgesehen ist, daß es dazu präzise Aussagen und Vorschläge gibt. Um nur ein Beispiel zu nennen!

Zum Thema Finanzierung nur der kleine Hinweis, liebe Frau Ministerin Behler: Die CDU hat sich nicht damit abgefunden, daß wir im Bereich der allgemeinen öffentlichen Verwaltung das Personal ständig vermehren und bei den Lehrerinnen und

(C)

(D)

(Herbert Reul [CDU])

- (A) Lehrern ständig verringern. Das würden wir anders machen; das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Und zum Fall "bedarfsdeckender Unterricht", damit dieser Quatsch hier an dieser Stelle auch nicht mehr weitererzählt wird! Wir haben hier vorgetragen: Laßt uns jeden Einzelfall genau anschauen. Es gibt Referendarinnen und Referendare, die es können, und es gibt andere, die überfordert sind; da macht es keinen Sinn und schadet den Kindern.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Wo ist denn der Widerspruch? Hören Sie doch zu, was ich sage! Sie sind ja so vernagelt. Sie schreien gegen Sachen, die kein Mensch vorgebracht hat.

Wir würden anders sparen, das ist der Punkt. Bei den Haushaltsberatungen haben wir uns auf das Wesentliche konzentriert.

Im übrigen, Frau Behler: Es ist ein Märchen, daß Jürgen Rüttgers seinen Bildungsetat in seiner Amtszeit verringert habe. Sie wissen, daß das nicht stimmt.

- (B) (Zurufe von der SPD)

Das kann man kurz und bündig machen: 1995 15,36 Milliarden DM im Bundeshaushalt, 1999 15,43 Milliarden DM. Was ist mehr? Also Steigerung!

(Zurufe von der SPD)

Das ist relativ einfach und ohne Mengenlehre zu beherrschen.

Interessant ist Ihr Verhalten und Ihre Rede heute. Ich fand es erstens wunderschön, daß uns Frau Schumann und Herr Degen nach dem Motto "Wir werden erleben, was Sie machen" und "das Ende einer Oppositionszeit" schon attestieren, daß wir uns nach dem 14. Mai hier in anderen Rollen wiederfinden werden.

(Beifall bei der CDU)

Das finde ich schon einmal sehr in Ordnung.

Zweitens. Es mag Sie ärgern, daß die Menschen in diesem Lande zunehmend fragen, ob richtig ist, was in den Schulen passiert, daß sie sich aufregen, auf die Straße gehen und protestieren und daß sie nicht mehr mitmachen wollen, was Sie da machen. Daß Sie das stört, weil Sie möglicher-

weise am 14. Mai ein paar Stimmen verlieren könnten, kann ich sehr wohl verstehen. Aber Sie kommen nicht daran vorbei: Es ist blinder Aktionismus, was Sie jetzt machen, zum Beispiel 14 Millionen DM für Medien, 2.200 DM für jede Schule. Davon können Sie nicht einmal für jede Schule einen Computer kaufen. So ein Quark!

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie, das nimmt Ihnen irgendeiner ab?

(Beifall bei der CDU)

Oder dieses Gesundbeten nach dem Motto: Es ist alles in Ordnung, es ist alles bestens! Ja, wenn alles in Ordnung ist, dann brauchen Sie keine Lehrer mehr einzustellen. Was Sie hier vortragen, ist alles widersprüchlich.

Zu dem Hinweis "6. Platz pro Kopf": Liebe Frau Ministerin Behler, Sie haben pro Kopf der Einwohner gerechnet. Wenn Sie pro Kopf der Schülerinnen und Schüler rechnen würden, dann kommt Nordrhein-Westfalen auf 349 DM, Baden-Württemberg auf 455 und Bayern auf 470 DM. Was ist mehr? Das war wieder nichts.

(Zurufe von der SPD)

Frau Schumann schwärmt so von der Qualität unserer Schulen. Ich will es nicht lang machen. Dazu gibt es genug Untersuchungen. Das Schönste dabei ist eigentlich: Es gibt ein Flugblatt eines Grünen, der in den Stadtrat von Münstereifel kommen wollte. Er hat sein Bewerbungsschreiben an die Bürger verteilt. Da sind Rechtschreibfehler! Ich will das gar nicht vertiefen.

(Zurufe und Lachen bei den GRÜNEN)

Glauben Sie ernsthaft, daß wir in unseren nordrhein-westfälischen Schulen gute Zustände haben? Es gibt dringenden Handlungsbedarf, und nach dem 14. Mai wird das verbessert. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen müssen Sie sich schon daran erinnern lassen, daß Sie in der Zeit, in der Sie allein - nur rot - oder rot-grün regiert haben, eine hochinteressante Entwicklung, was Schülerzahlen und Unterrichtsversorgung angeht, gehabt haben. Begonnen wurde mit dem Hinweis: Das Problem Unterrichtsausfall gibt es gar nicht. Dann wurde Kienbaum beauftragt und wieder Zeit gewonnen. Dann wurden hektische Maßnahmen ergriffen: Studentafeln verringert, Klassen vergrößert, Leh-

(C)

(D)

(Herbert Reul [CDU])

- (A) rer bekamen Mehrarbeit, Referendare mußten auch ran.

Alles statistische Gesundrechnereien, so daß man heute große Schwierigkeiten hat, präzise zu ermitteln, welcher Unterricht wirklich gegeben werden müßte. Alles Maßnahmen zum Vernebeln, zum Verschleiern, um bei den Leuten den Eindruck zu erwecken, es sei alles in Ordnung. Aber die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern haben das gemerkt und sind nicht zufrieden. Sie sind unzufrieden und wollen Lösungen haben. Unser Konzept ist qualitativ wesentlich besser als Ihres. Es ist nämlich ein Konzept der Verlässlichkeit.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Schluß mit dieser Töpfchenwirtschaft. Schluß damit, daß jedes Schuljahr - es ist doch nicht mehr zum Aushalten: jedesmal, wenn der Sommer ---

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

- (B) - Herr Appel, Sie wissen das doch auch: Jedes Jahr, wenn das Schuljahr neu beginnt, haben wir in nordrhein-westfälischen Schulen Unruhe und Ärger, die Leute sind enttäuscht und sauer, nichts klappt. Jedes Jahr! Wenn das Ihre Erfolgsbilanz ist, dann herzlichen Glückwunsch! Nein, das ist das jährliche Dokumentieren Ihres Versagens. Sie haben versagt, und die Leute dokumentieren Ihnen das jedes Jahr bei Schuljahresbeginn aufs neue und sagen: Schluß damit.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke)

Die Antwort, die wir geben, ist die Verlässlichkeit. Sie heißt: Erstens. Die Stellen ausscheidender Lehrer werden neu besetzt. Zweitens. Es werden die Lehrerinnen und Lehrer ---

(Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Präsident, kann man hier eigentlich reden, oder lärmten die immer so?

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Herr Appel, seien Sie einmal ganz vorsichtig, sonst fällt mir noch etwas ein. Seien Sie einmal ganz behutsam!

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Reul, ich muß Sie einmal unterbrechen. - Ich hier oben verstehe kaum etwas, wenn ständig alle dazwischenrufen. Vielleicht können Sie sich darauf verständigen, daß nur einer Zwischenrufe macht, und zwar gute.

**Herbert Reul (CDU):** Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Ich will zum Schluß wenigstens noch den Versuch machen zu erklären, was unsere Konzepte qualitativ unterscheidet.

Die freiwerdenden Stellen werden durch neue Lehrer besetzt. Jedes Jahr gibt einen Einstellungskorridor von 2.000 neuen zusätzlichen Lehrern. Und wenn Sie 1.000 davon jetzt schon selber eingestellt haben, dann bedanke ich mich. Sie haben damit CDU-Lehrer eingestellt.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Das ist sehr gut. Endlich hat der Druck geholfen, die ersten Stellen sind schon einmal da. Aber 2.000 ist mehr.

- Das dritte ist das Spannendste von allem. Das ist, daß wir dafür sorgen werden, daß Unterrichtsausfall wirklich dadurch beseitigt werden kann, daß man den Schulleitern Instrumente gibt. Mit der Stellenreserve haben die Schulen die Chance, selber den Unterricht so zu organisieren, daß kein Unterrichtsausfall mehr stattfinden kann.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie immer davon reden, daß Sie den Schulen mehr Selbständigkeit geben wollen, dann würde ich das an dieser Stelle einmal beweisen und nicht immer nur große Sprüche machen, sondern den Schulen die Chance geben.

Ich habe den Eindruck, daß die Schulen mit einer Stellenreserve eher in der Lage sind, dafür zu sorgen, daß der Unterricht nicht mehr so häufig ausfällt, als alle Bürokraten in Bezirksregierungen, Ministerien oder sonstwo.

(Beifall bei der CDU)

Fakt ist zumindest: In den letzten Jahren haben wir 27 verschiedene Maßnahmen von Töpfchenwirtschaft erlebt. Keine hat funktioniert. Versuchen Sie es einmal mit etwas Neuem. Am 14. Mai haben Sie die Chance dazu.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Degen für die SPD-Fraktion das Wort.

**Manfred Degen (SPD):** Herr Reul, da Sie schon die zweite Runde aufgemacht haben: Wir haben lange überlegt, ob es sich lohnt, zu antworten, oder ob das, was Sie gesagt haben, nicht für sich spricht. Wir haben Sie zwar gehört - das war zum Teil ja laut genug -, aber verstehen konnte man vieles von dem, was Sie gesagt haben, nicht, wenn man die nordrhein-westfälische Schullandschaft kennt.

(Beifall bei der SPD)

Zu der Stellenreserve: Natürlich haben Schulen gerne eine Stellenreserve; denn dadurch haben sie einige Lehrer mehr. Bei einer vierprozentigen Stellenreserve hatte eine Schule 52 statt 50 Lehrer. Aber wer wußte denn, welche beiden Lehrer in Reserve waren? Die haben nicht im Lehrerzimmer gesessen und gewartet, ob jemand ausfällt, wie das bei einem Bundesligaspiel auf der Reservebank der Fall ist. Sie standen auf dem Feld, wurden im Unterricht eingesetzt und standen bei Unterrichtsausfall nicht mehr zur Verfügung. Das haben wir leidlich erfahren und mit den Eltern vor Ort und den Lehrerverbänden diskutiert.

(Zuruf von der CDU: Die fordern sie aber jetzt!)

- Wer fordert sie denn? Die Schulen und die Lehrerverbände fordern die Stellenreserve, weil das bequemer ist.

Herr Reul, wir haben nicht die 27. Maßnahme ergriffen. Wir haben das Prinzip "Geld statt Stellen" eingeführt - eine differenzierte Maßnahme - und haben für den Bereich, in dem kurzfristig geholfen werden muß und in dem nicht so hoher fachspezifischer Bedarf vorhanden ist, nämlich in der Grundschule, den "Stellenpool Grundschule" geschaffen, der sich bei den Betroffenen schon nach kurzer Zeit großer Beliebtheit erfreut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden die Situation ab dem 1. Februar verbessern. Wir stellen unsere Lehrer ein - jetzt sage ich schon "unsere Lehrer", weil Sie von CDU-Lehrern gesprochen haben; so viele, wie Sie einstellen wollen, gibt es ja gar nicht -, wir werden die Lehrer am 1. Februar einstellen. Sie versprechen das für einen unbestimmten Zeitpunkt. Was von

Versprechen und Unterrichtsgarantien zu halten (C) ist, wird uns in Hessen dauernd vorgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fragen Sie die Eltern und die Lehrerverbände in Hessen doch einmal, wie sie mit der Umsetzung der Unterrichtsgarantie zufrieden sind.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir getan!)

Ihnen geht es darum - das haben Sie jetzt noch einmal unterstrichen -, Unterrichtsausfall zu ermitteln. Ihnen geht es nicht darum, Unterrichtsausfall zu beseitigen oder auch nur zu mildern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich im Herbst geärgert, als wir Ihr Konzept mit dem Nachtragshaushalt durchkreuzt haben. Sie hätten gerne Unruhe an den Schulen gehabt;

(Beifall bei der SPD)

denn dadurch könnten Sie von Ihrem Programm ablenken. Ich kann nur hoffen, daß das, was Sie zur Zukunft der Schule fordern, breiten Kreisen der Bevölkerung bekannt wird. Die kann dann nämlich gut zwischen der Bildungspolitik der Koalition, die sich über Jahre bewährt hat, und Ihren Versprechen unterscheiden.

(D)

Ich sage ganz konkret auf den Haushalt bezogen: Die Regierungskoalitionen halten wesentlich mehr, als Sie überhaupt versprechen, geschweige denn halten würden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich darf Herrn Kollegen Michaelis für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

**Rainer Michaelis (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Reul, ich will Sie direkt ansprechen, weil man die Schulpolitik der Koalition in Nordrhein-Westfalen nicht peinlicher versuchen kann in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen, als Sie es hier getan haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Reul, ich kann nicht nachvollziehen, daß Sie sich hier hinstellen, ein Blatt Papier hochhalten, mit dem Sie nachweisen wollen, wie schlecht die

(Rainer Michaelis [GRÜNE])

- (A) Rechtschreibleistungen von Schülerinnen und Schülern an unseren Schulen angeblich sind, und gleichzeitig eine Unwahrheit nach der anderen in die Welt setzen. Das ist nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie haben gerade anhand von falschen Statistiken versucht, deutlich zu machen, daß der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen größer ist als in anderen Ländern, was nicht beweisbar ist, schon gar nicht durch die Zahlen, die Sie hier genannt haben. Sie haben versucht, darzustellen, daß mehr Geld in bestimmten Bereichen auch mehr Qualität bedeutet. Ich bitte Sie, Herr Reul: Auf welche Statistiken wollen Sie sich da stützen?

Wie kommen Sie dazu, hier zu behaupten, in Süddeutschland werde besserer Unterricht gegeben als in Nordrhein-Westfalen? In Süddeutschland hatte man vor Jahren noch Probleme mit dem Zentralabitur, von dem gesagt worden ist, daß es im Prinzip überhaupt keinen Effekt habe, sogar schlechtere Leistungen hervorbringe als das Abitur in Nordrhein-Westfalen. Wie kommen Sie dazu, das trotzdem als qualitatives Plus für die süddeutschen Länder darzustellen?

- (B) Wie kommen Sie dazu, die TIMS-Studie immer wieder nur als eine Studie gegen Nordrhein-Westfalen ins Feld zu führen? Die TIMSS hat nicht das nordrhein-westfälische Schulsystem untersucht, sondern hat das bundesrepublikanische Schulsystem mit dem anderer Länder verglichen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich möchte deutlich eines sagen: All die Vorwürfe, die Sie hier machen - mit den Einsparungen hätten die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen das Schulsystem, das Bildungssystem kaputtgespart, und zwar nur, um Lehrerstellen wegzuradieren, um den Landeshaushalt zu sanieren -, stimmen nicht. Rechnen Sie es nach! Schauen Sie sich einmal Ihre eigene Forderung nach der so berühmten Stellenreserve an, die Sie gerade wieder so hochgehängt haben: Sie wollen die 270 Millionen DM, die wir für das "Geld statt Stellen"-Programm einstellen, wegradieren und auf der anderen Seite dafür 3 % Stellenreserve, also 400 Millionen DM, in den Haushalt einstellen und sagen, damit würden Sie das ganze Problem lösen. Diese Stellenreserve führt nachgewiesenermaßen nicht dazu, daß kurzfristig reagiert werden kann, sondern wir haben bis 1992, als es sie gab, gesehen, daß diese Stellen für regulären Unter-

richt verwendet worden sind und eben nicht kurzfristig bereit gestanden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie das Problem denn damit lösen? Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden nur auf den 14. Mai schauen, um wiedergewählt zu werden, frage ich Sie: Was machen Sie denn? Es ist Ihnen doch schon fast peinlich, daß wir Probleme lösen. Wenn wir sie nämlich lösen, dann haben Sie nichts mehr zu meckern und können sich nicht mehr am 14. Mai als diejenigen darstellen, die die bessere Schulpolitik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So sieht es doch aus. Sie wollen doch gar nicht, daß wir Probleme lösen. Das ist in Ihrem Sinne völlig falsch; denn dann hätten Sie doch überhaupt keine Möglichkeiten mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Qualität des Unterrichts - das möchte ich Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen - nur an der Höhe des Geldes, das in den Haushalt für den Bildungs- und Schulbereich eingestellt wird, zu messen, ist falsch.

(Bernhard Recker [CDU]: Voraussetzungen sind das!)

Natürlich müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Natürlich müssen die Lehrerstellen bereitgestellt werden. Aber Unterrichtsqualität ist ein bißchen mehr, als nur gegenzurechnen: hier soundsoviel Millionen, da soundsoviel Millionen.

(Bernhard Recker [CDU]: Wer macht das denn?)

Die Unterrichtsqualität steht und fällt mit der Unterrichtsorganisation und mit dem Steuerungssystem. Dazu habe ich gerade von CDU-Seite bisher überhaupt noch keinen konstruktiven Vorschlag gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie denken nicht weiter. Sie meinen, Sie könnten umverteilen, Sie könnten die Mittel dort wegnehmen, wo wir sie für Fördermaßnahmen für Migrantenkinder und für Fördermaßnahmen für den gemeinsamen Unterricht vorgesehen haben - und das, obwohl wir in diesen Bereichen inzwischen

(C)

(D)

(Rainer Michaelis [GRÜNE])

- (A) eine Spitzenreiterposition in der Bundesrepublik einnehmen. Nordrhein-Westfalen steht an der Spitze der Ganztags- und Betreuungsangebote.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist hier überhaupt noch nicht deutlich geworden. Wir haben inzwischen etwa 20 % aller Schulen als Ganztagschulen eingerichtet.

(Bernhard Recker [CDU]: 1992 haben Sie das abgelehnt!)

Wir geben insgesamt 170 Millionen DM im kommenden Haushalt für die Betreuung an Vor- und Nachmittagen an den Grundschulen - Schule von acht bis eins - und im Nachmittagsbereich für die zusätzlich eingerichteten Betreuungsangebote aus.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Bravo!)

Wo ist denn ein entsprechendes Programm von Ihrer Seite? Wo sind denn die Vorschläge von Ihrer Seite? Das wollen Sie alles nicht, Sie wollen ein Unterrichtsangebot, das Unterrichtsausfall vermeidet. Das allein kann es doch nicht sein. Wir sehen doch, was dann passiert. Das Hessen-Beispiel ist hier x-mal angeführt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Wenn Sie das alles wegstreichen, wenn Sie all die zusätzlichen Förder- und Betreuungsangebote, die dringend notwendig sind - gerade in einem Land wie Nordrhein-Westfalen mit den Ballungszentren und den Schwierigkeiten, die wir dort zum Teil haben -, wegstreichen wollen, nur damit Ihre Statistiken besser aussehen, ist das nicht das, was ich mir unter Qualität von Unterricht vorstelle. Absolut nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, wenn wir allesamt ehrlich miteinander umgehen und die Unterschiede und Differenzen, die wir - ich meine jetzt die Koalitionsfraktionen und die CDU - tatsächlich im schulischen Bereich haben, betrachten und das ehrlich gegeneinander stellen - ich sage das auch mit Blick auf die Zuhörerschaft in diesem Hause -, stellte sich sehr schnell heraus, daß vieles, was hier gesagt worden ist, reine Showkämpfe sind. Es läßt sich darauf reduzieren, daß wir ganz konsequent auf Integration und Förderung setzen. Sie setzen auf Ausdifferenzierung und Auslese.

(Brigitte Speth [SPD]: Ganz genau! - Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(C) Das sind die Kernpunkte, auf die sich das Ganze reduzieren läßt. Ich denke, das muß sehr deutlich festgehalten werden. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Ewald Groth [GRÜNE]: Grollendes Schlagen!)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Frau Ministerin Behler das Wort. Bitte schön.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommen wieder die alten Leiern!)

**Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung:** Wenn das alles alte Leiern sind, wundert mich doch, warum Sie sich so große Mühe geben, in Ihren neuen Papieren so viel davon abzuschreiben.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN - Bernhard Recker [CDU]: Albern! - Heidi Berger [SPD]: Das stimmt! - Brigitte Speth [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es stimmt: Es gibt in jeder Schule und in fast jeder Klasse auch Ausreißer. Und wir haben hier Herrn Reul.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

(D) Manchmal - das tut mir dann für die bildungspolitische Diskussion leid - erinnert mich das stärker an ein Bierzelt als an ein Parlament.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie passen weder ins Bierzelt noch ins Parlament!)

Zum Punkt "Verlässlichkeit der CDU" möchte ich Ihnen die Zahlen der Ausgaben je Einwohner von 6 bis 21 Jahren nach Ländern geordnet - Bundesländer-Kommission, Bildungsfinanzbericht 1997/98 - vortragen. Es handelt sich hierbei um DM-Beträge.

Platz 1 Hamburg: 9.135 DM, Platz 2 Bremen: 7.825 DM, Platz 3 Berlin: 7.125 DM - das sind die drei Stadtstaaten -, Platz 4 Thüringen: 6.822 DM, Platz 5 Schleswig-Holstein: 6.598 DM, Platz 6 Nordrhein-Westfalen: 6.477 DM. Und dann kommt auf Platz 7 Bayern - das habe ich eben gesagt - mit 6.434 DM. Auf Platz 13 liegt Baden-Württemberg mit 5.697 DM.

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Soviel zum Punkt Verlässlichkeit und Zahlen und CDU und bildungspolitische Debatte!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Reul für die Fraktion der CDU das Wort.

**Herbert Reul (CDU):** Also, Frau Ministerin Behler, das mit dem Bierzelt hätten Sie sich sparen können. Wenn das dazu führt, daß die Menschen sich selber über Schulpolitik in diesem Lande ein Urteil bilden, dann bin ich sehr dafür. Wenn sie sich ein Urteil darüber bilden, was richtig ist und was falsch ist, dann habe ich überhaupt keine Sorge.

Zu Ihrer Statistik nur ein kurzer Hinweis: Sie haben auf Einwohner von 6 bis 21 Jahren abgehoben. Ich habe behauptet: Sie erwischen nicht die Schülerinnen und Schüler, sondern Sie gehen auf Einwohner. Wer hat denn nun recht? Denn bei den 6- bis 21jährigen Einwohnern soll auch der eine oder andere sein, der kein Schüler ist, um es einmal klar zu sagen. Das heißt, die Statistik greift überhaupt nicht. Das ist nicht in Ordnung, was Sie hier vortragen. Es gibt eine Menge Menschen, die nicht mehr Schüler, aber unter 21 Jahren sind.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Das war ein Rohrkrepierer, wie der Volksmund sagen würde.

Zweite Feststellung. Ich glaube, Sie haben an vielen Stellen - ich muß das auch den Kollegen der GRÜNEN sagen - nicht verstanden, was wir vorschlagen. Einfach mit dem Hinweis darauf, daß die Stellenreserve in der Vergangenheit nicht richtig, nicht gut eingesetzt worden ist, zu sagen, das Instrument sei falsch, läßt ein Nachdenken darüber vermissen, ob man den Einsatz dieser Stellenreserve nicht auch anders organisieren kann. Das trauen wir uns sehr wohl zu.

Natürlich birgt die Stellenreserve die Gefahr in sich, die Sie beschrieben haben. Aber dann kommt es darauf an, welche Rahmenbedingungen man setzt, welche Vorgaben man gibt und welche Vorschriften man Schulen macht, daß sie nicht für den normalen Unterricht gebraucht werden können, sondern daß sie immer für den Un-

terrichtsausfall zur Verfügung stehen müssen. Das ist nicht ganz einfach. Deswegen kann man es auch nicht zentral machen. Das muß jede Schule selber entscheiden können. Da gibt es eine riesige Chance, die das bisherige Instrument nicht bot.

(C)

Ich verweise nur noch einmal in aller Ruhe darauf, daß Ihre Töpfchenwirtschaft - hier noch ein Töpfchen, da noch eine Variante, da noch ein Instrument - auf jeden Fall mehr Verwaltungsaufwand bedeutet und weniger Unterrichtsausfall beseitigt hat. Das ist die Wirklichkeit im Lande Nordrhein-Westfalen.

Das heißt: Wenn man einen Strich darunter macht und Menschen fragt, was sie von dieser Schulpolitik halten, dann bleibt bei den Leuten das Gefühl von Versäumnissen, von Versprechungen, die nicht gehalten worden sind, von Protesten, die jedes Jahr gewesen sind, von Mißerfolgen, die die Menschen gespürt haben.

Und wenn man sich als Opposition Gedanken macht und eine Alternative vorträgt, dann wird das wieder in dieser Art und Weise mit Bierzelt behandelt, wie Sie das hier vortragen. Frau Ministerin Behler, Sie müssen wissen, wie Sie mit den Fragen umgehen. Aber Ihre Aufgeregtheit wird nicht davon ablenken können, daß die Menschen im Lande spüren, daß hier etwas schief läuft, und zwar seit vielen Jahren.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen akzeptieren das nicht mehr. Ihre Politik - rote Politik und rot-grüne Politik in der Folge - hat Kinder um Unterricht betrogen - das ist die Wahrheit -

(Beifall bei der CDU)

und hat Stellen über viele Jahre kassiert. Auch daran muß erinnert werden. Sie haben die Stellen für Lehrerinnen und Lehrer systematisch kassiert und ihre Zahl verringert.

Wir haben in unseren Schulen ein Klima - das müßte doch alle nachdenklich machen -, das auf dem Gefrierpunkt ist. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schüler, keiner hat mehr - ich nenne jetzt mal das Wort - Lust oder Freude daran, sich mit Schule zu beschäftigen. Eine Enttäuschung nach der anderen haben sie mit Ihnen erlebt. Was Schule braucht, ist ein Stück Verlässlichkeit - deswegen habe ich das eben betont -, sie braucht verlässliche Rahmenbedingungen, damit man wirk-

(Herbert Reul [CDU])

- (A) lich wieder Unterricht machen kann, Freude an dem hat, was im Unterricht passiert. Dann kommen auch gute Ergebnisse heraus.

Das kann sich wahrscheinlich nur ändern, wenn ein anderer politischer Ansatz gewählt wird, wenn man den Schulen verlässliche Rahmenbedingungen gibt und endlich das Durcheinanderspiel beendet, das Sie hier veranstalten.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Ministerin Behler hat das Wort.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Es wird immer schlimmer!)

- (B) **Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung:** Mit der Logik ist das manchmal so eine Sache. Ich meine, wenn man über die 6- bis 21jährigen redet, redet man über diejenigen, bei denen der Anteil von Schülerinnen und Schülern natürlich höher ist, als wenn man auf das Rentenalter sieht. Gerade deshalb ist es sinnvoll, dabei auf die Bevölkerungsgruppe der 6- bis 21jährigen zu blicken. Denn über die Bildungsausgaben für Rentnerinnen und Rentner haben wir an dieser Stelle in der Tat nicht gesprochen, Herr Reul. Darum geht es heute nicht.

Wir sind bei der Bildungsbeteiligung. Auch das sagt etwas über die 6- bis 21jährigen aus, über die Leistungen eines Landes und die Finanzierung, die dafür erbracht wird. Ebenfalls ganz vorn! Schauen Sie sich mal die Statistiken im Ländervergleich an, wie viele Schülerinnen und Schüler in der Gruppe der 6- bis 21jährigen überhaupt sind.

Was haben wir etwa im berufsbildenden Bereich getan, der in Ihrem Papier keine Erwähnung gefunden hat? Da haben wir sehr wohl gelesen, Herr Reul, daß das bei Ihnen offensichtlich nicht für wert befunden wurde, auch nur mit einer Zeile bedacht zu werden. Wir liegen deutlich vor Baden-Württemberg, deutlich vor Bayern. Wir liegen deshalb deutlich vorne, weil schon unsere Vorgänger in den letzten Jahrzehnten erkannt haben, daß es gerade bei einem Land wie Nordrhein-Westfalen, gerade bei einem Land, das den Strukturwandel so hautnah erlebt, besonders

wichtig ist, ein breites Bildungsangebot für die gesamte Bevölkerung zu organisieren und nicht auf Bildung für eine kleine Spitzengruppe in der Bevölkerung allein abzustellen. Das reicht nämlich nicht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wer macht das denn?)

Deshalb: Nehmen Sie diese Zahlen einfach einmal zur Kenntnis und berücksichtigen Sie dann auch, was das an kontinuierlichen Grundlasten in einem Haushalt bedeutet. Auch diese Zahlen interessieren Sie offensichtlich nicht. Statt dessen erzählen Sie wieder etwas von gestrichenen Lehrerstellen, reduzierten Lehrstellenzahlen. Das ist alles objektiv unwahr. Es sind überhaupt keine Lehrerstellen gestrichen worden. Überhaupt keine!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Möglichkeiten, die es bei vorhandener Zahl an Lehrerstellen zusätzlich für Junge gibt, im öffentlichen Dienst und speziell im Schulbereich an Beschäftigung zu kommen, sind in der Tat vorbildlich. Dies trägt über die Stellen hinaus dazu bei, daß junge Leute mit zusätzlichen Impulsen und Innovationen in die Schulen kommen. Das sollte man honorieren.

Hier sollte man auch dafür werben, in einer breiten Kraftanstrengung im Lande insgesamt mehr Möglichkeiten zu schaffen, daß die einzelnen, die schon im System sind, tatsächlich auch bereit sind, ein Stückchen für diejenigen abzugeben, die noch hereinkommen wollen. Da habe ich jede Unterstützung auf Ihrer Seite vermißt. Das wäre fachlich verantwortungsvolle Politik gewesen. Da haben Sie kein Ohr aufgemacht für diejenigen, die zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten haben wollen.

Was Sie können, das ist Polemik. Was Sie können, das ist das Verdrehen von Tatsachen. Sie nehmen für sich Dinge in Anspruch, die Sie seriöserweise gar nicht in Anspruch nehmen dürften. Aber gestalterische Politik? Da verweise ich Sie nur einmal auf die "Zeit" von vor zehn Tagen - das ist nun auch nicht gerade vom Himmel gefallen - über das, was tatsächlich in den Schulen an Leben vorhanden ist, was es an Veränderungen im letzten Jahr gegeben hat. Lesen Sie das mal! Nehmen Sie es einfach mal zur Kenntnis und honorieren Sie es doch einfach mal positiv!

Dann kämen wir insgesamt weiter. Denn die TIMS-Studie hat uns eines gezeigt: Lernerfolg von

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Schülerinnen und Schülern ist ganz wesentlich und an allererster Stelle davon abhängig, daß die gesellschaftliche Wertschätzung des Bildungssystems stimmig ist. Was Sie hier produzieren, ist das Gegenteil!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Frau Kollegin Löhrmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur zwei kurze Anmerkungen! Mit der Wahrnehmung, Herr Reul, ist das immer so eine Sache. Ich habe hier gestern mit einer Schulklassse diskutiert. Die Schülerinnen und Schüler machten einen sehr gebildeten und auch wohlgezogenen Eindruck. Das heißt, es kann also nicht überall so furchtbar sein, wie Sie sagen.

- (B) Dann zur Rechtschreibung! Sie haben so nett Polemik ins Spiel gebracht, indem Sie einen grünen Kollegen zitiert haben. Ich habe gerade das Magazin der AWO durchgeblättert. Dort sollte man antworten, was man der AWO wünscht und was sie einem bedeutet. Alle haben es richtig gemacht - alle! -, nur einer nicht: Herr Rüttgers! Er war nicht in der Lage, grammatikalisch umzusetzen: "Für mich bedeutet die Arbeiterwohlfahrt ...", also die Pünktchen mit Worten zu füllen, sondern er sagte: "Vielen Dank für Ihren Brief vom 28. Mai", und so geht es weiter.

(Heiterkeit bei der SPD - Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich weiß nicht, wo Herr Rüttgers zur Schule gegangen ist, ob in Nordrhein-Westfalen oder woanders, ob es schon zu Zeiten sozialdemokratischer oder alter Bildungspolitik war, und wollte Ihnen damit nur einen kleinen Konter geben zu Ihrem Versuch, der aus unserer Sicht absolut daneben ist, GRÜNE zu diskreditieren und das hier mit Rechtschreibleistungen deutlich zu machen. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Kollegen Recker das Wort. (C)

(Zuruf von der SPD: Vielen Dank für Ihre freundliche Rede!)

**Bernhard Recker (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zwei kurze Hinweise, damit - erstens - endlich diese Mär von Hessen beendet wird - ich habe mich intensiv sachkundig gemacht -: Der Unterrichtsausfall betrug bei Regierungsübernahme 100.000 Stunden; er ist in einem Jahr auf 50.000 Stunden Unterrichtsausfall reduziert worden.

(Beifall bei der CDU)

Das und nichts anderes sind die Fakten!

Zweitens zur Realität in Nordrhein-Westfalen eine ganz aktuelle Information, die mir vom VLBS mit der Überschrift "Wegen Lehrermangels geschlossen - Berufskollegs ohne Lehrer" vorliegt:

"Im Fachbereich Elektronik werden zum Beispiel jährlich 80 Kollegen pensioniert. 1999 wurden von 149 Bewerbern nur 50 Lehrer als Ersatz für die ausscheidenden Pensionäre eingestellt. Im Haushaltsjahr 2001 werden sich nur noch 30 Kandidaten auf 120 frei werdende Stellen bewerben können. Allen Fachbereichen wird im Jahre 2004 eine Unterversorgung von 800 Stellen drohen, da 1.450 freien Stellen nur 650 Bewerber entgegenstehen." (D)

Das ist die Realität in Nordrhein-Westfalen 1999/2000!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, liegen weitere Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich Teilbereich a) Schule und Weiterbildung und komme zu dem Teilbereich

#### b) Wissenschaft und Forschung

Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Kuhmichel für die Fraktion der CDU das Wort.

- (A) **Manfred Kuhmichel (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion lehnt den Entwurf des Wissenschaftshaushalts für das Jahr 2000 mit aller Entschiedenheit ab. Wen wird das wundern?

(Zuruf von der SPD: Das ist richtig traurig!)

Unsere entschiedene Ablehnung gilt dabei nicht nur dem aktuell vorgelegten Zahlenwerk, sondern der gesamten Wissenschaftspolitik in der zu Ende gehenden Wahlperiode 1995 bis 2000, unabhängig davon, ob unter der Verantwortung von Rau oder Clement, Brunn oder Behler.

Die für diese Wahlperiode von Rau und Brunn zugesagte Priorität für Wissenschaft und Forschung wurde nicht eingelöst. Die von Clement und Behler nach der Auswechslung von Frau Brunn versprochenen neuen Wege der Wissenschaftspolitik haben in die Sackgasse geführt. Mehr noch: Mit der Amtsübernahme von Ministerin Behler und dem Regierungswechsel im Bund ist die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft vom Regen in die Traufe gekommen.

- (B) **Erinnern wir uns doch!** Im Winter 1997/98 gingen in unserem Lande Tausende von Studenten und ihre Professoren auf die Straßen, weil sie nicht länger zu den immer schlechter werdenden Studienbedingungen an zahlreichen Hochschulen schweigen wollten.

(Ministerin Gabriele Behler: BAföG!)

Zu Recht zogen sie unter den Augen einer sympathisierenden Öffentlichkeit zu Felde gegen hoffnungslos überfüllte Hörsäle und Seminare, mangelhafte Lehre, marode Hochschulgebäude und Einrichtungen, überalterte Lehr- und Lernmittel und Forschungsgeräte sowie unzureichend ausgestattete Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen. In schlichter Verkennung der nach Recht und Gesetz gegebenen Hauptzuständigkeit des Landes NRW für sein Hochschulwesen setzten viele Protestierende auf einen Regierungswechsel im Bund. Die politische Wende im Bund hat nun vor gut einem Jahr tatsächlich stattgefunden, und nach Rot-Grün in Düsseldorf gibt es dieselbe Farbkombination nun auch in Berlin.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Doch verbessert hat sich seither nichts, überhaupt nichts! Die NRW-Hochschulzeiten sind eher noch härter geworden.

(Ministerin Gabriele Behler: Nein!)

Clement und Behler ignorieren weiterhin die berechtigten Forderungen nach der Einlösung der zugesagten Priorität für Wissenschaft und Forschung und bauen die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft systematisch in unverantwortlicher Weise zurück. Aus Betroffenen wurden Betrogene.

In der Kürze der Zeit dazu nur zwei prägnante Beispiele!

Erstes Beispiel: In Nordrhein-Westfalen ist die Relation von wissenschaftlichem Personal zu Studenten jetzt schon die schlechteste in ganz Deutschland; dies ist unwidersprochen. Wer jetzt noch weitere Stellen im Hochschulbereich abbaut, handelt schlichtweg verantwortungslos. Clement und Behler haben den nordrhein-westfälischen Hochschulen Anfang dieses Jahres im Rahmen eines sogenannten Qualitätspakts kurzerhand den Abbau von 2.000 Stellen im wissenschaftlichen Bereich in den kommenden Jahren aufgezwungen - und dies bei zu erwartenden Studentenzahlsteigerungen von etwa 22 %.

Wie uns bis heute viele Zuschriften eindrucksvoll bestätigt haben, sind die flankierenden Maßnahmen bei weitem nicht dazu geeignet, die drastischen und zum Teil vernichtenden Einschnitte in zahlreichen Fakultäten aufzufangen und ihre Studienangebote zu sichern. Ein externer Expertenrat, der sich jedoch im Rahmen der generellen ministeriellen Vorgaben zu bewegen hat, soll nun die Sinnhaftigkeit der radikalen Stellenstreichungen überprüfen. Die CDU-Fraktion lehnt dieses Vorgehen nachdrücklich ab, weil es mit der berechtigten Forderung nach mehr Autonomie und Selbststeuerung der einzelnen Hochschulen nicht zu vereinbaren ist.

Wir setzen auf eine Erneuerung der unter Clement und Behler verlorengegangenen Gesprächskultur zwischen Administration und Hochschulen. Deshalb hat zunächst die Evaluierung unter Einbeziehung internen und externen Sachverständigen zu erfolgen und abgeschlossen zu sein; erst danach kann in steter Rückkopplung mit den Hochschulen die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes erfolgen. Es gilt zu vermeiden, daß an zahlreichen Hochschulen wegen der beabsichtigten Schließung von bisher erfolgreichen Studiengängen demotivierte Wissenschaftler zurückbleiben, die später faktisch beschäftigungslos sind, aber weiterhin bezahlt werden müssen.

(C)

(D)

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, das Mißtrauen der Rektorate allüberall, mit dem Diktat des sogenannten Qualitätspaktes über den Tisch gezogen zu werden, bestätigt sich schon jetzt, und zwar in Form der Ergänzungsvorlagen zum Haushaltsentwurf 2000.

Während Clement und Behler bei der feierlichen Unterzeichnung dieses tollen sogenannten Qualitätspaktes am 4. Juni 1999 den Hochschulen gerade für den Bereich Personal Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre zugesichert haben, befürchten die Hochschulen schon jetzt weitere Personaleinschnitte durch die Hintertür.

Gestern abend erreichte mich - andere Kollegen wahrscheinlich auch - per Fax ein Brandbrief des Personalrates der Universität zu Köln mit der Überschrift: "Stellensperre trotz Qualitätspakt". Ich darf zitieren:

"Die jetzt geplante Einbeziehung der Hochschulen in die Personalagentur sowie die angesagte Beförderungs- und Höhergruppierungssperre steht nach Meinung des Personalrates in eklatantem Widerspruch zu den Vereinbarungen des Qualitätspaktes."

Etwas weiter im Text heißt es:

- (B) "Der Personalrat der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten der Uni zu Köln protestiert entschieden gegen diesen unsinnigen Bürokratiewachstum und gegen den Bruch der Vereinbarungen und fordert sie"

- also die Politik -

"auf, die derzeitigen Planungen zurückzunehmen und die grundsätzlichen Vereinbarungen des Qualitätspaktes einzuhalten."

Wir schließen uns dem ausdrücklich an und fordern, dies sofort und strikt wieder in Ordnung zu bringen. Denn an der Stelle breitet sich der Vertrauensbruch weiter aus.

Frau Ministerin Behler, wie abgrundtief schlecht das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Hochschulen inzwischen geworden ist, belegt stellvertretend für viele ein Zitat des langjährigen Rektors der Uni Düsseldorf, den Sie sicherlich sehr gut kennen und dessen Reputation über alle Zweifel erhaben ist. Zum Thema Qualitätspakt sagte er am 20.05. in der "Westdeutschen Zeitung" folgendes:

"Der Qualitätspakt ist ein Angebot, das normalerweise ein Ladenbesitzer in der Bronx von einem Herrn im grauen Anzug bekommt. Dieser Qualitätspakt ist eine Schutzgelderpressung. Das darf man auch einmal so benennen."

(Dietrich Kessel [SPD]: Auch Rektoren können sich irren!)

Meine Damen und Herren, noch ein Beispiel! Wie gesagt, das nur in der Kürze der Zeit; man könnte Tage über diese Wissenschaftspolitik reden, die am Ende ist.

(Ministerin Gabriele Behler: Länger als ein paar Tage!)

Im Hochschulbereich unseres Landes besteht heute bereits ein dramatischer Investitionsstau von inzwischen weit über 5 Milliarden DM. Die dichteste Hochschullandschaft der Republik ist inzwischen reichlich undicht geworden. Durch den Investitionsstau sind an vielen Standorten die Studienbedingungen katastrophal und die Sicherheitsvorschriften quasi außer Kraft gesetzt. Bei unseren zahlreichen Besuchen haben wir uns davon mit eigenen Augen überzeugt: aufgelöste Estriche, schlechte Beleuchtung, defektes Mobiliar, von Decken und Wänden herabfallende Putzplatten, überalterte und defekte Heizungen mit undichten und nur notdürftig geflickten Zu- und Ableitungen.

Die jahrelangen Eingaben der Hochschulverwaltungen über die Kanzler werden im Wissenschaftsministerium nur noch abgeheftet. Vielen Räumlichkeiten und Veranstaltungsorten droht die Schließung.

Meine Damen und Herren, mit dieser schwerwiegenden Problematik setzt sich die Landesregierung seit vielen Jahren bis heute nicht verantwortungsvoll auseinander. Mehrfache Vorstöße der CDU-Fraktion während der letzten Jahre, zu einem seriös finanzierten landeseigenen Investitionsprogramm zu kommen, wurden sowohl im Fachausschuß wie hinterher im Plenum von der rot-grünen Mehrheit regelmäßig abgelehnt. Von einer Priorität für Wissenschaft und Forschung kann weiterhin keine Rede sein.

Auch für den Haushalt 2000 hat die CDU-Fraktion vor wenigen Tagen in der letzten Wissenschaftsausschußsitzung erneut für den Bereich der Gebäudesanierung und Geräteerneuerung eine zu-

(C)

(D)

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) sätzliche Rate von insgesamt 120 Millionen DM beantragt - wieder ohne Erfolg!

Geradezu lächerlich oder - vielleicht sollte ich es so sagen - infam nimmt sich dagegen das Wahlkampfgeschenk des Bundes für die notleidende NRW-Regierung aus. Diese Gelder aus nicht abgerufenen Strukturhilfemitteln des Bundes für städtische Kanalbausanierung sind ein wahres Mogel-Ei. Auf der Zielgeraden, ein paar Tage vor der Wahl am 14. Mai, werden hier Gelder des Bundes aktiviert, um Betriebsamkeit vorzutäuschen.

Frau Ministerin, Sie haben es erlebt: Der Beifall der Landschaft hält sich angesichts dieser Trickserie in Grenzen. Täuschen Sie sich nicht, dieses einmalige Berliner Notopfer für Nordrhein-Westfalen im Vorfeld der Landtagswahl wird die Hochschulen nicht vergessen lassen, daß solches Engagement in wesentlich höherem Ausmaß Jahr für Jahr möglich gewesen wäre, wenn Rot-Grün den CDU-Haushaltsanträgen gefolgt wäre.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will es für heute bei diesen beiden Belegen für die verfehlte Hochschulpolitik in unserem Lande belassen. Es wird wahrlich noch genug Gelegenheiten geben - auf Podien oder wo auch immer -, die Diskussion über die hochpolitische Negativbilanz bis zum 14. Mai fortzusetzen.

- (B)

Deshalb nur noch eine Abschlußbemerkung: Meine Damen und Herren, wir wissen, daß eine qualifizierte Bildung und Ausbildung für jeden jungen Menschen in unserem Land eine wesentliche Voraussetzung zur Realisierung der unterschiedlichen individuellen Lebens- und Berufsziele und für eine moderne Volkswirtschaft überlebenswichtig sind.

Über Bildung und Ausbildung werden Lebenschancen erworben und verteilt. Bildung und Ausbildung sind somit die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

(Roland Appel [GRÜNE]: Quatsch!)

- Sie verstehen das nicht, Herr Appel.

(Roland Appel [GRÜNE]: Ich verstehe das! Es ist Blödsinn!)

Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und neue Technologien sind deshalb Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und haben für uns als Fraktion eine hohe Priorität.

Nach dem 14. Mai des nächsten Jahres werden wir mit dieser Priorität endlich in diesem Hause und in diesem Lande ernst machen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Als nächster Rednerin erteile ich das Wort Frau Kollegin Apel-Haefs für die Fraktion der SPD.

**Ulrike Apel-Haefs (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kuhmichel, wenn ich mir Ihre wortreichen Äußerungen zum Haushalt von Wissenschaft und Forschung anhöre und mir dann gleichzeitig die gerade einmal zwei Änderungsanträge der CDU-Fraktion ansehe, dann drängt sich bei mir das Bild auf: Der Berg kreißte, und er gebär eine Maus.

Wahrscheinlich ist die Wissenschaftspolitik der Koalitionsfraktionen einfach so überzeugend, daß eine vernünftige Oppositionspolitik dagegen eigentlich nicht zu machen ist.

(Zuruf von der CDU: Ist das die Ankündigung der Zustimmung?)

Bildung, Wissenschaft und Forschung haben in Nordrhein-Westfalen höchste Priorität. Das haben wir nicht nur immer gesagt, dem tragen wir mit dem vorgelegten Haushalt des Bereichs Wissenschaft und Forschung auch für das Jahr 2000 Rechnung.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschul- und Forschungslandschaft Europas.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Es regnet rein!)

Das bedeutet jedoch nicht nur ein unschätzbares Plus im Wettbewerb mit anderen Standorten, sondern auch die Verpflichtung des Landes zum Erhalt und zur Förderung. Das Land ist sich dieser Verantwortung bewußt. Das zeigt auch der vorliegende Haushalt.

Die Ausgaben des Landes für Wissenschaft und Forschung werden - anders als in vielen anderen Politikbereichen - auch im nächsten Jahr wieder um 1,6 % steigen. Das ist in Zeiten knapper Kassen wirklich keine Selbstverständlichkeit. Wir stehen damit auch in der Kontinuität eines Zeitraums von über zehn Jahren, in dem die Landesmittel für Wissenschaft und Forschung stets überdurchschnittlich im Verhältnis zu anderen Lan-

(C)

(D)

(Ulrike Apel-Haefs [SPD])

- (A) desausgaben gestiegen sind. Auch das ist längst nicht in allen Ländern der Republik der Fall.

Ich will nicht behaupten, daß mit dem vorliegenden Haushalt alle Wünsche erfüllt worden wären. Jeder Wissenschaftspolitiker und jede Wissenschaftspolitikerin in diesem Lande hätte sicherlich überhaupt keine Schwierigkeiten, einzelne Ansätze zu erhöhen und das auch gut zu begründen. Dennoch, so denke ich, haben wir mit diesem Haushalt eine akzeptable Vermittlung zwischen Wünschenswertem und Machbarem erreicht. Es ist ein Ergebnis, mit dem wir angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte, die längst die Grenzen der Belastbarkeit erreicht haben, zufrieden sein können.

Und es ist ein Ergebnis seriöser Planung, die stets auch vom Bewußtsein einer Gesamtverantwortung für den Haushalt geprägt war. Es ist eine seriöse Planung, die Ihr Antrag, meine Herren und Damen der CDU-Fraktion, für Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Hochschulen 100 Millionen DM zusätzlich bereitzustellen, leider vermissen läßt.

- (B) Auch wir empfinden die Situation im Hochschulbau als nach wie vor unbefriedigend. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes im Rahmen des HBFG angemahnt. Unter der konservativ-liberalen Bundesregierung war das jedoch leider ohne Erfolg. Herr Kuhmichel, Sie haben das eben auch selbst angemahnt. Es hat mich gefreut zu hören, daß Sie die ehemalige Bundesregierung in dem Punkt auch kritisiert haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Da haben Sie sich verhöhrt!)

- Das glaube ich nicht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Kann passieren!)

Wenn die CDU jetzt verlangt, daß die Versäumnisse von 16 Jahren Kohl-Politik möglichst in einem Jahr kompensiert werden, hat das mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik nichts zu tun. Das ist wirklich reiner Populismus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Manfred Kuhmichel [CDU]: Wir sind das Land Nordrhein-Westfalen!)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt: Wir brauchen nicht mehr Geld

(C) für Reformen, sondern mehr Reformen fürs Geld. Auch im Wissenschaftshaushalt werden wir über das Haushaltsjahr 2000 hinaus ---

(Zuruf von der CDU - Gegenruf von der SPD: Die schwarze Kasse!)

--- Hören Sie ruhig zu!

Auch im Wissenschaftshaushalt werden wir über das Haushaltsjahr 2000 hinaus nur mit geringen Mittelzuwächsen rechnen können, so daß nur ein effizienterer Einsatz dieser Mittel die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen und der Forschungsbetriebe gewährleisten kann.

--- Wir haben gemeinsam mit den Hochschulen durch den Qualitätspakt einen neuen und wichtigen Schritt auf diesem Weg zur Optimierung des Mitteleinsatzes gemacht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das wird sich noch zeigen!)

Er bietet den Hochschulen eine größere Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das merkt man!)

(D) zusätzliches Geld durch den Innovationsfonds und damit auch die Möglichkeit für eine flexiblere, auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmte Haushaltsführung.

Herr Kollege Kuhmichel, Sie haben sich eben über den Vorschlag der Landesregierung aufgeregt, eine Stellenbesetzungssperre in der allgemeinen Verwaltung der Hochschulen vorzunehmen. Das hätte gar nicht sein müssen. Sie hätten sich gar nicht so aufregen müssen. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Koalitionsfraktionen bereits dabei sind, einen Änderungsantrag zu erarbeiten, der all diese Probleme lösen wird.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie werden dann von uns hören.

Über die haushaltsrelevanten Aspekte hinaus verdeutlicht auch der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Qualitätspakt die Bedeutung, die wir dem Qualitätspakt zur Weiterentwicklung der Hochschulen in NRW beimessen. Darüber werden wir jedoch am kommenden Freitag entscheiden.

(Ulrike Apel-Haefs [SPD])

- (A) Auch für das Haushaltsjahr 2000 wird es bei den Maßnahmen im Rahmen des Modellversuchs "Hochschule und Finanzautonomie" bleiben. Der eigenverantwortliche Umgang mit Personal- und Sachmitteln hat den Hochschulen nicht nur die Möglichkeit eröffnet, eigene Prioritäten zu setzen, sondern er ermöglicht ihnen auch, die Vorteile sparsamer Bewirtschaftung für das eigene Haus zu nutzen. Dies verbessert der geschlossene Qualitätspakt noch dadurch, daß mit dem Wegfall der Stellenbesetzungssperre die Flexibilität der Mittelverwendung deutlich erhöht wird.

Ebenfalls unverändert in 2000 bleibt das Verfahren der leistungs- und belastungsbezogenen Verteilung der Mittel für Lehre und Forschung. Die Umverteilung der Ressourcen zwischen den Hochschulen ist im Ländervergleich schon heute beachtlich. Dennoch ist eine Umverteilungsquote von wie bisher 50 % auf Dauer sicherlich nicht ausreichend.

Die SPD-Fraktion hält es daher für erforderlich, die Leistungsorientierung in der Hochschulfinanzierung in den kommenden Jahren noch stärker auszubauen. Eine umfassende finanzwirtschaftliche Autonomie der Hochschulen durch Schaffung von Globalhaushalten im Rahmen einer Zuschußlösung wird mittelfristig notwendig werden, um auch in Zukunft einen optimalen Mitteleinsatz zu gewährleisten. Hierbei werden jedoch noch eine ganze Reihe von Problemen zu lösen sein: zum einen im Bereich der Personalwirtschaft und des Haushaltsrechts - das muß gemeinsam mit den Hochschulen geklärt werden -, zum anderen im Bereich des dann noch verbleibenden Gestaltungsspielraumes von Wissenschaftspolitik.

- (B)

All das geht nicht und ging nicht ohne die Kooperationsbereitschaft der Hochschulen, denen ich an dieser Stelle für ihr Engagement danken möchte. Die Einführung neuer Instrumentarien ist nämlich nie ernsthaft als Bedrohung gewohnter Besitzstände gesehen worden, sondern auch als Chance zu eigenverantwortlicher innovativer Gestaltung.

Das hat auch der Qualitätspakt gezeigt. Denn nach einer ersten Fixierung lediglich auf die über zehn Jahre gestreckte Reduktion von Stellen hat das von der Landesregierung gewählte Verfahren über Strukturregelungen der Hochschulen und deren Überprüfung durch den externen, hochkarätig besetzten Expertenrat viel für das Selbstver-

ständnis und die Profilbildung an unseren Hochschulen getan.

(C)

Dem gestiegenen Investitionsbedarf der Hochschulen im Bereich von Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen von Großgeräten wird mit einem gegenüber dem Vorjahr um 25 Millionen DM erhöhten Ansatz Rechnung getragen. Das nach dem Regierungswechsel stärkere finanzielle Engagement des Bundes in der Hochschulbauförderung hat mit zu diesem erfreulichen Ergebnis geführt.

Gestiegen ist auch dieses Jahr der Zuwendungsbedarf der überregionalen Forschungseinrichtungen. Ich muß sagen: Hier bezahlen wir gerne, denn die Einwerbung von Max-Planck-Instituten und Fraunhofer-Instituten ist ein zusätzlicher Gewinn für den Wissenschaftsstandort NRW.

Die Koalitionsfraktionen haben sich bei ihren Änderungsanträgen an das Gebot der Haushaltsdisziplin gehalten und dennoch einige politische Akzente gesetzt. Erhöhungen und Ansätze betreffen sowohl die Sicherstellung von Frauenförderung im Hochschulbereich als auch das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre".

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir erwarten in der Tat viel von unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Sie sollen wissenschaftliche Spitzenforschung betreiben, modern und bedarfsorientiert in der Lehre sein, erfolgreich in der Einwerbung von Drittmitteln und fähig zu einem effizienten Management. Sie sollen jungen Menschen Bildungs-, Qualifizierungs- und damit auch Beschäftigungschancen geben und durch enge Kooperation mit der Wirtschaft zur Standortsicherung unseres Landes beitragen. Überwiegend werden diese Aufgaben trotz oft schwieriger Bedingungen, eines starken Wettbewerbsdrucks und Erfolgszwangs hervorragend gemeistert.

(D)

Was Wissenschaft und Forschung dafür von uns erwarten können, ist, daß wir im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dazu beitragen, daß Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht nur erhalten, sondern zusätzlich gestärkt werden.

Ich bitte Sie deshalb, den Teilen des Einzelplans 05 zuzustimmen, die die Haushaltsansätze für Wissenschaft und Forschung betreffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort Frau Dr. Grüber für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Katrin Grüber (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bildung, Wissenschaft und Forschung haben Priorität bei der Landesregierung. Die CDU scheint das nicht mitbekommen zu haben. Wenn man sich die Rede des Kollegen Kuhmichel vor Augen führt, wird deutlich, daß Sie nicht immer auf der Höhe der Zeit sind. Das zeigen insbesondere Ihre Bemerkungen zum Qualitätspakt.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Wir müssen selbstverständlich anerkennen, daß wir uns in einer schwierigen finanziellen Lage befinden. Daran kann auch die jetzige Bundesregierung nicht so schnell etwas ändern, weil sie am Erbe der Kohl-Regierung schwer trägt. Aber darüber wollen Sie ja besonders ungerne reden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE] und des Dietrich Kessel [SPD])

(B) Gleichwohl gibt es aus Berlin die Zusage, daß die Ausgaben der Bundesregierung für Forschung und Bildung in den nächsten Jahren steigen werden. Dies wird die Arbeit der Landesregierung und des Landes unterstützen.

Mit dem jetzigen Haushalt sind Veränderungen verstetigt und eingeleitet worden. Der Qualitätspakt, wie er offiziell heißt - ich fände den Namen "Hochschulpakt" angemessener -, spielt dabei eine besondere Rolle.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist kein Pakt!)

Um es klar zu sagen: Wir waren mit dem Beginn des Qualitätspakts nicht zufrieden. Die Art und Weise, wie er angestoßen worden ist, war sicher nicht glücklich. Aber - und das sollten auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU wahrnehmen; ich weiß nicht, ob Sie keine Gespräche führen, denn wenn man diese führt, stellt man fest -: Der Hochschulpakt hat das Potential, notwendige Veränderungen in den Hochschulen anzustoßen. Hier sind Prozesse eingeleitet worden, die es vor diesem Pakt so nicht gab.

So vielfältig, wie die Hochschullandschaft ist, sind auch die Prozesse an den Hochschulen. Wir

sind dabei nicht mit allem zufrieden. Nicht überall werden alle Gruppen gleichmäßig und selbstverständlich einbezogen. Manche gehen mehr nach dem Rasenmäherprinzip vor. Andere glauben, daß man die Schwächeren eben mal beiseite drücken kann. Dritte wiederum jedoch schauen sehr ernsthaft nach den Stärken und Schwächen der Hochschule und erarbeiten daraus die entsprechenden Vorschläge. Das ist, so denke ich, ein sehr, sehr guter Weg, der Nachahmer finden sollte.

Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich, daß die Entscheidungen der Hochschulen nicht letztendlich sind, sondern es durch den Expertenrat ein Korrektiv gibt. Leider scheint die CDU das Gegenstromprinzip überhaupt nicht verstanden zu haben. Denn das, was für eine Hochschule sinnvoll sein mag, muß noch lange nicht für die gesamte Hochschullandschaft sinnvoll sein. Deswegen brauchen wir eine Korrektur. Vielleicht nützen diese Beratungen ja etwas, um auch bei der CDU einen gewissen Erkenntnisgewinn zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin ja Optimistin.

Wir brauchen jedenfalls diesen Expertenrat, und wir brauchen die Ergebnisse. Deswegen möchte ich für meine Fraktion an dieser Stelle deutlich sagen, daß wir erwarten, daß die Hochschulen nicht jetzt schon voreilig Strukturentscheidungen treffen - auch wenn sie schon Vorschläge gemacht haben -, weil es notwendig ist, den Prozeß abzuwarten.

Ich sage für meine Fraktion dazu, daß es sinnvoll ist, daß der Landtag diesen Prozeß begleitet, um eventuell Korrekturen vornehmen zu können. Wir erwarten vom Expertenrat, daß er nicht nur Vorschläge macht, wo gekürzt wird, sondern auch dorthin schaut, wo es Nachbesserungsbedarf gibt und wo mehr Stellen eingerichtet werden sollen; auch das gehört zu dem vollständigen Bild.

Wir wollen eine vielfältige Hochschullandschaft, in der es Profilbildung gibt, und zwar miteinander, aber nicht gegeneinander; das haben vielleicht noch nicht alle begriffen. Wir wollen aber dazu beitragen, daß dieses Klima erzeugt wird, weil wir das für sehr wichtig halten.

Ein Pakt hat immer mindestens zwei Partner. Das sind in diesem Fall die Hochschulen und das Ministerium. Dabei möchte ich deutlich sagen: Auch wenn der Landtag bei der Unterzeichnung nicht dabei war, müssen wir uns dafür mitverantwort-

(C)

(D)

(Dr. Katrin Grüber [GRÜNE])

- (A) lich fühlen. Wir haben eine besondere Verantwortung, den Prozeß zu begleiten und dafür zu sorgen, daß selbstverständlich auch die Bestandteile, von denen die Hochschulen profitieren, erhalten bleiben. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe.

Ich nenne noch einmal die Bestandteile: Einer der zugesagten Vorteile war die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre für den Hochschulbereich. Nun ist sie insgesamt aufgehoben worden. Aber wer will sich schon darüber beklagen? Das kann doch wohl niemand ernsthaft tun. Was geblieben ist, sind die Ausnahme von der globalen Minderausgabe - dies ist ein unbestrittener Vorteil - und der Innovationsfonds.

Nun läßt sich über den Begriff Innovation immer trefflich streiten. Ich möchte als Naturwissenschaftlerin sagen, daß ich es für viel zu einseitig hielte, wenn man wirklich glauben würde, daß wir nur durch Technik und Naturwissenschaften zu Innovationen kämen. Ich glaube auch nicht - so war es ursprünglich vorgesehen -, daß Innovationen vor allen Dingen durch die Menschen kommen, die aus anderen Ländern nach Nordrhein-Westfalen berufen werden. Wir setzen darauf, daß die Innovationen durch Menschen kommen, die bereits jetzt in den Hochschulen arbeiten.

(B) Deswegen freuen wir uns, daß es durch die Haushaltsberatung eine gewisse Öffnung gegeben hat, so daß nun auch für Projekte stellenplanungebundene Stellen finanziert werden können. Wir freuen uns darüber, daß auch deutlich gemacht worden ist: Wir erwarten Innovationen nicht nur von den Naturwissenschaften, sondern von allen Disziplinen.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist für uns ein ganz wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung, und das wird die Hochschullandschaft sicherlich noch vielfältiger und profilierter machen, als sie es ohnehin schon ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun gab es durch die zweite Ergänzungsvorlage einen Vorschlag der Landesregierung, bei dem wir festgestellt haben, daß man ihn auch noch korrigieren muß. Es ging um die - von meinem Vorredner und von meiner Vorrednerin bereits angesprochene - mögliche Stellenbesetzungssperre, wenn in der allgemeinen Hochschulverwaltung nicht auf die Stellenagenturen zurückgegriffen wird.

Aber wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: So etwas kann man in einem parlamentarischen Verfahren korrigieren, und das machen wir ganz selbstverständlich ohne jede Aufregung. Dies ist die Aufgabe des Parlaments, und damit wird dann das Land insgesamt den Anforderungen des Qualitätspaktes gerecht.

Ich will nur ein paar weitere Punkte - wegen der Zeit - aus dem Haushalt herausgreifen: Der Stellenwert der Lehre ist angesprochen worden. Wir freuen uns sehr, daß durch die Haushaltsberatungen hier mehr Geld für das im Prinzip von allen anerkannte Programm "Qualität der Lehre" aufgestockt worden ist. Das ist notwendig. In der Vergangenheit sind hier gute Projekte finanziert worden, die eine hervorragende Auswirkung haben. Ich gehe davon aus, daß es auch in der Zukunft so sein wird. Ich hoffe, daß die finanzielle Lage in den nächsten Jahren so aussehen wird, daß man sogar mehr Geld bereitstellen kann, denn das wäre notwendig.

Wir sind als GRÜNE-Fraktion auch froh darüber, daß es ein Sprachprogramm für Studierende aus dem Ausland gibt. Die Hochschulen des Landes müssen sich mehr für Menschen aus anderen Ländern öffnen. Wir müssen es ihnen einfacher machen. Ein kleiner Schritt auf diesem Weg kann dieses Sprachprogramm sein, das insbesondere Studierenden aus dem Ausland, die Schwierigkeiten mit der Fachsprache haben, eine Unterstützung ermöglichen soll. Ich empfinde das als einen Fortschritt.

Ich möchte ganz kurz auf das Landesgleichstellungsgesetz verweisen. Manche werden fragen, was das mit den Haushaltsberatungen zu tun hat. Für uns hat es eine Bedeutung, denn es muß mit Leben erfüllt werden. Wir haben deswegen auch dafür gesorgt, daß die Mittel für die Gleichstellungsbeauftragten in den Hochschulen erhöht wurden, weil durch das Gleichstellungsgesetz mehr Anforderungen an sie gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bedauern als GRÜNE-Fraktion, die kriteriengebundene Mittelvergabe noch nicht daran gemessen wird, welche Fortschritte die einzelnen Stellen in den Hochschulen bei der Gleichstellung machen. Wir halten das für ein ganz wesentliches Instrument und verweisen diesbezüglich auf Baden-Württemberg, wo wirklich etwas Gutes gemacht wird; das kommt ja nicht so oft vor und

(C)

(D)

(Dr. Katrin Grüber [GRÜNE])

- (A) sollte deshalb erwähnt werden. Das ist bei uns noch nicht eingeführt, aber ich denke, daß man das im nächsten Jahr machen kann. Es ist - so denke ich - ein ganz wichtiger Anreiz. Gerade jetzt muß sich doch etwas an den Hochschulen tun, weil in den nächsten Jahren die Weichen dafür gestellt werden, ob die Professuren weiterhin überwiegend mit Männern oder eben auch mit Frauen besetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können das nicht vorschreiben, aber wir können Anreize geben, und diese kriteriengebundene Mittelvergabe wäre ein solcher Anreiz.

Im übrigen bin ich froh darüber, daß das Lise-Meitner-Programm gesichert worden ist, daß das Graduierten-Programm gerettet worden ist und daß im Rahmen der Frauenforschung die Koordinationsstelle für das Netzwerk Frauenforschung erhalten bleibt. Ich möchte noch einmal ausdrücklich die Arbeit würdigen, die - so glaube ich - außerhalb Nordrhein-Westfalens einen viel höheren Stellenwert hat. Bekanntlich gilt aber der Prophet nicht so viel im eigenen Land, und die Prophetin mag nicht so viel an der eigenen Hochschule gelten. Deswegen an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich der Hinweis: Wir erwarten, daß diese Stellen auch im Rahmen des Qualitätspaktes gesichert - vielleicht sogar ausgebaut -, aber nicht gekürzt werden. Wir glauben nämlich, daß gerade durch diese Forschung die Hochschullandschaft eine besondere Bereicherung erfährt. Das wollen wir sichern. Dafür stehen wir.

(B)

Abschließend möchte ich betonen: Eine Hochschulpolitikerin kann mit einem Haushalt niemals absolut zufrieden sein. Meine Vorrednerin hat das auch schon gesagt: Es gebe viele Projekte und Programme, für die mehr Geld bereitgestellt werden müßte.

Unter den gegebenen Umständen und angesichts der angespannten finanziellen Situation sind wir relativ zufrieden. Wie gesagt: Einiges muß im nächsten Jahr auf den Weg gebracht werden. Der Qualitätspakt wird uns weiter im Landtag begleiten. Wir werden aktiv dafür sorgen, daß die den Hochschulen versprochene Planungssicherheit auch wirklich eingehalten wird. Das gehört zu der verlässlichen Politik der rot-grünen Landesregierung. Wir bitten um Zustimmung für den Haushalt. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile der Ministerin für Schule, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung, Frau Behler, das Wort.

(C)

**Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Offensichtlich gehört ein gewisses Maß an Ritualisierung auch mit zur Haushaltsberatung. Man mag sich über den Sinn oder den Unsinn ritualisierter Floskeln streiten, aber sie sind offenkundig an vielen Stellen nicht einfach zu vermeiden.

Herr Kollege Kuhmichel, wer schlicht die Aufwendungen für die Hochschulen durch die Zahl der Studierenden dividiert, sitzt letztlich einer Milchmädchenrechnung auf. Danach müßten nämlich - das muß man nur logisch zu Ende denken - die Hochschulen in den fünf neuen Ländern mit weitem Abstand vor allen anderen Hochschulen - denen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg - die besten sein. Sie schneiden aber, was das Verhältnis von eingesetztem Geld zu Studierenden angeht, nur deshalb günstiger ab, weil zur Zeit der größte Teil der Hochschulbaumittel in die neuen Bundesländer fließt und die Studiennachfrage erheblich niedriger ist als in den anderen Ländern. Das sagt über die Qualität der Ausbildung überhaupt nichts aus.

(D)

Wir sind stolz darauf - darin spiegelt sich auch die Attraktivität unserer Hochschulen -, daß bei uns im Wintersemester 1998/99 über 500.000 junge Leute studieren konnten; das sind mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen. An den Hochschulen unseres Landes studieren 28 % aller in der Bundesrepublik Deutschland Studierenden bei einem Bevölkerungsanteil von 21,9 %. Damit ist Nordrhein-Westfalen ein Studentenimportland. Dieser Import hat sich vergrößert, von 1975 bis 1997 von rund 7.800 auf 20.600. Damit ist Nordrhein-Westfalen derjenige Flächenstaat in Deutschland, der für die Studierenden aus anderen Ländern am attraktivsten ist. In Bayern und Baden-Württemberg verringert sich die Zahl der Studierenden aus anderen Ländern in den letzten Jahren kontinuierlich. Das ist zunächst einmal ein Fakt. Ich denke, die Abstimmung mit den Füßen zeigt uns hier mehr als manche schwarz gefärbte Rede, auch in diesem Parlament am heutigen Tag.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Sie haben mit Verve auf die Proteste der Studierenden vor eineinhalb Jahren verwiesen. Da haben Sie ausgeführt, die Studierenden hätten nicht so genau gewußt oder gemerkt oder wahrnehmen können, daß sie ihre Proteste an die falsche Adresse gerichtet hätten; sie haben sich damals an den Bundesminister gewandt. Sie haben entschuldigend gesagt, das wußten sie nicht besser, sie hätten sich an das Land wenden müssen. Ich glaube, die Studierenden wußten und wissen ganz genau, wer für die Studienfinanzierung zuständig ist, wer für die Sicherung, die Veränderung, die Verkürzung und die Erweiterung des BAföG zuständig ist. Das haben sie vor anderthalb Jahren gewußt und das wissen sie auch heute.

(Beifall bei der SPD - Manfred Kuhmichel [CDU]: Getan hat sich nichts!)

- Auf den Zwischenruf habe ich gerade gewartet, Herr Kuhmichel. Herzlichen Dank. Sie hatten nämlich 16 Jahre Zeit. Sie haben 16 Jahre lang herumgedoktert und sind nicht zu Verbesserungen, sondern nur zu Verschlechterungen im BAföG gekommen. Wir nehmen uns eine Legislaturperiode - das sind nur vier Jahre -, und am Ende der Legislaturperiode ziehen wir dann Bilanz und vergleichen es miteinander. Die ersten Verbesserungen hat es schon gegeben, die nächsten werden im nächsten Jahr kommen. Da bin ich optimistisch. Ich erhebe nicht den Anspruch, auch für unsere Seite 16 Jahre zur Verfügung gestellt zu bekommen. Wir schaffen es nämlich schneller.
- (B)

(Beifall bei der SPD)

Verlässlichkeit, Planungssicherheit, Finanzautonomie, Erweiterung der finanziellen Spielräume und zusätzliche Mittel für Innovationen sind die Stichworte, die die Markenzeichen unserer Wissenschaftspolitik kennzeichnen. Dafür steht als Herzstück der Qualitätspakt. Es gibt Planungssicherheit. Schon im Jahre 2000 erhöhen wir nicht nur wie fortwährend in den letzten Jahren den Wissenschaftshaushalt, wir geben darüber hinaus mit den hier genannten einzelnen Instrumenten unseren Hochschulen zusätzlichen finanziellen Verfügungsspielraum in dreistelliger Millionenhöhe. Von solchen Veränderungen auf der Bundesebene hätten in den schon angesprochenen 16 Jahren die Hochschulen kaum zu träumen gewagt geschweige denn Realisierung erwartet.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Frau Ministerin, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kuhmichel zulassen?

(C)

**Gabriele Behler,** Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung: Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

Damit nicht genug. Im nächsten Jahr schütten wir bereits in Form des Innovationsfonds 40 Millionen DM der zugesagten 100 Millionen DM im Haushalt aus, und zwar bevor im Wege der kommunizierenden Röhren bereits Gegenleistungen von den Hochschulen erbracht werden müssen. Mit dem Qualitätspakt, mit dem Hochschulgesetz, mit dem Gesetz zur Neuordnung der Hochschulmedizin schaffen wir nicht nur qualitativ neue Hochschulstrukturen, wir geben auch die wichtigen Impulse für neue Inhalte. Es gibt kein anderes Bundesland, das soviel in die Qualität der Lehre investiert hat wie Nordrhein-Westfalen.

Wir haben seit Beginn der 90er Jahre allein 160 Millionen DM für die Unterstützung der Studienreform eingesetzt, und wir können im kommenden Jahr mit 23 Millionen DM zusätzlich Beispiel geben und dies für unser Land fortführen. Wir reden nicht wie in anderen Ländern von den Problemen der Studieneingangsphase - die gibt es in der Tat -, wir handeln und geben unseren Studienanfängern mit speziellen Tutorenprogrammen einen wirklichen Uni-Kompaß in die Hand.

(D)

Nordrhein-Westfalen hat mit 67 von insgesamt 329 die weitaus meisten Graduiertenkollegs. Wir reden nicht nur über Nachwuchsförderung, wir betreiben sie auch. Wir haben zusätzlich die Ansätze nach dem Graduiertenförderungsgesetz auf nunmehr 6 Millionen DM erhöht.

Zum Nachwuchs gehört natürlich auch und gerade die Nachwuchsförderung von Frauen. Frau Kollegin Grüber hat darauf schon in besonderer Weise hingewiesen.

Wir haben hier Zeichen gesetzt für Verlässlichkeit gerade auch bei der Frauenförderung. Ihnen von der Union fällt seit Jahren zur Hochschulpolitik im Grunde nichts anderes ein als immer wieder dieselben Forderungen zu stellen. Über die Deckung machen Sie sich neuerdings ja schon gar keine Gedanken mehr.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist Quatsch!)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Ein gewisses Verständnis habe ich dafür ja. Wie sollten Sie unsere Wissenschaftspolitik auch toppen können? Wir haben doch schon seit Jahren Finanzautonomie an unseren Hochschulen - in Zeiten, in denen andere Länder erst zaghafte damit beginnen. Wir brauchen die Kosten- und Leistungsrechnung nicht mehr wie andere Länder erst zu erproben. Wir werden sie jetzt flächendeckend einführen.

Wir haben mit dem Qualitätspakt ein Instrument der qualitativen Strukturreform, während andere Länder mit dem Rasenmäher arbeiten oder mit prozentualen Kürzungen vorgehen. Das gesteht auch jeder aus der Hochschullandschaft in den internen Gesprächen zu: Unser Qualitätspakt ist das wesentlich intelligentere Instrument im Vergleich zu all dem, was nur mit pauschalen Kürzungsvorgaben agiert und argumentiert.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Nun liest Herr Rüttgers in einer Rede den Vorwurf vor, die Hochschulen seien - ich zitiere ihn - sträflich vernachlässigt worden. Da gebe ich Herrn Rüttgers ausnahmsweise recht. Die Hochschulen wurden vernachlässigt, aber nicht von der Landesregierung, sondern von ihm ganz persönlich

- (B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

in all den Jahren, in denen er sich noch Zukunftsminister nannte.

(Zuruf von der SPD: Er hat aber seine Zukunft schon hinter sich!)

- Das ist das einzig Tröstliche für unsere Hochschulen. - Das gilt nicht nur für die allgemeinen Finanzzuwendungen, sondern das gilt in besonderer Weise für das BAföG. Das gilt gerade auch für die Mittel für den notleidenden Hochschulbau, die ja über Jahre hinweg eingefroren waren. Es ist Herr Rüttgers persönlich, der den von Ihnen beklagten Sanierungs- und Modernisierungsbedarf an unseren Hochschulen verursacht hat.

Wenn Sie von der Union jetzt ohne Deckung 100 Millionen DM für ein Landesprogramm zur Sicherung der Hochschulinfrastruktur beantragen, so beweist das nur zweierlei: erstens den Versuch der CDU, vom Versagen ihres Landesvorsitzenden abzulenken, und zweitens, daß Sie offenbar im Haushalt noch nicht einmal nachgelesen haben.

Ein Blick in den Haushaltsentwurf 2000 hätte nämlich jedem, der auch nur die Grundrechen-

arten beherrscht, gezeigt, daß für den Hochschulbau im nächsten Jahr über 75 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen als in diesem Jahr und daß zusätzlich die Mittel für die Beschaffung von Großgeräten von 80 Millionen DM auf 105 Millionen DM, also um weitere 25 Millionen DM, erhöht worden sind. Wir arbeiten eben nicht mit populistischen Luftbuchungen, sondern mit solider Haushaltspolitik. Das heißt, die Priorität der Bildung macht sich an ganz konkreten Zahlen fest. Die hätten Sie nachlesen können.

Daß die Lektüre von Haushaltsvorlagen für Sie, Herr Kuhmichel, so ihre Schwierigkeiten mit sich bringt, wurde auch an dem von Ihnen hochgehaltenen Fax ganz deutlich, das Sie - wie Sie sagen - gestern abend bekommen haben. Dieses Fax lag etlichen - auch mir - schon einige Tage länger vor. Sie haben aus dem Fax zitiert. Deshalb kann ich es auch sehr gut zuordnen.

Herr Kuhmichel, ein Blick in die 2. Ergänzungsvorlage hätte Sie schon gestern abend eines Besseren und Klügeren belehren können. Ich darf Ihnen das einmal vorlesen, weil das sonst offensichtlich ja zu schwierig ist - das, was Ihnen als Ergänzungsvorlage vorliegt.

Da steht drin:

"Von der Beförderungssperre sind ausgenommen

- Beförderungen auf Planstellen und Stellen, die aus Rechtsgründen zwingend geboten sind,

- Beförderungen auf Planstellen, die mit Beamten im Sinne von § 38 LBG besetzt werden,

- Beförderungen auf Planstellen und Stellen an Hochschulen, soweit sie am Qualitätspakt über die Neustrukturierung der Hochschulen teilnehmen."

Das steht da schon drin. Das hätten Sie schon wissen können. Warum reden Sie dann hier über einen angeblichen Beförderungsstopp, der überhaupt nicht gedeckt ist? Das kann doch nur Stimmungsmache sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf)

- Da ging es um Beförderungssperren.

Ich will es komplett zitieren. Dann gibt es in dieser Ergänzungsvorlage Aussagen zur Besetzung von Planstellen und Stellen, die am 1. Januar

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) 2000 frei sind, wo es um eine Besetzungssperre geht, wenn Stellen außerhalb des Landesbereichs zur Besetzung herangezogen werden. Da steht unter Absatz 3:

"Abweichend hiervon können sofort besetzt werden:"

- abweichend von der 24monatigen Besetzungssperre -

"C2-, C3- und C4-Planstellen für Professorinnen/Professoren,

Stellen für Ärztinnen/Ärzte sowie medizinisch-technisches und Pflegepersonal in den Einrichtungen des Landes,

Planstellen und Stellen für Beschäftigungsverhältnisse in den Hochschulen im Bereich Wissenschaft und Forschung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung mit Ausnahme der allgemeinen Verwaltung."

Das, was hier an Änderungen von Frau Kollegin Apel-Haefs und Frau Kollegin Grüber diskutiert und vorgestellt worden ist, bezog sich lediglich auf die Ausnahme der allgemeinen Verwaltung und auf nichts anderes. Sie haben so getan, Herr Kuhmichel - das ist schlicht und einfach unseriös -, als gäbe es all diese anderen Ausnahmen in der Ergänzungsvorlage, die hier eingebracht worden ist, nicht. Deshalb sage ich Ihnen auch an der Stelle: Selbst lesen hilft weiter. Dann wird man klüger.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es eben nicht um faulen Zauber. Voodoo-Politik kann ich eher Ihnen zuordnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Kuhmichel das Wort.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Frau Ministerin, das war sie nicht, die Generalabrechnung mit der leidigen Opposition im Wissenschaftsbereich. Nach dem Motto "Schütze das Ziel und triff daneben" haben Sie eigentlich an den wichtigsten Punkten vorbeigeredet.

Erstens. Mein Zitat aus dem Brandbrief des Personals bezog sich genau auf das, was eben von der Kollegin der SPD-Fraktion als Antragskorrektur vorgetragen wurde. Das begrüßen wir, wenn Sie zur Einsicht kommen. Wenn Sie handwerkliche Fehler wieder einkassieren, ist das in Ordnung.

Wir haben darauf aufmerksam gemacht. Das dazu!

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Frau Ministerin, Sie und auch Ihre Vorgängerin, auch der Ministerpräsident und alle, die sich gelegentlich zur Wissenschaftspolitik äußern, lassen nie aus, daß dieses Land das Wissenschaftsland Nummer 1 in der Bundesrepublik sei und daß man an uns nicht vorbeikäme, daß wir die dichteste Hochschullandschaft hätten.

Frau Ministerin, Sie wissen doch: Sie haben diese Hochschulkinder in den 70er, 80er Jahren gezeugt, aber Sie haben sie nicht mehr ordentlich alimentiert. Dafür sind Sie zuständig!

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei den GRÜNEN - Fred Hansen [GRÜNE]: Das geht biologisch gar nicht!)

Was nutzt es, die dichteste Landschaft zu haben, Quantität nach vorne zu stellen und die Qualität ganz schlimm zu vernachlässigen? Sie arbeiten auch mit falschen Aussagen bezüglich der Entwicklung der Haushalte im Bereich Wissenschaftspolitik.

Sie sagen "stetiger Anstieg" und vergessen dabei, deutlich herauszustellen, daß Sie mit Luftnummern arbeiten, daß Sie Personalkostenanstiege hineinrechnen, wenn Sie sagen "Das ist der gestiegene Wissenschaftshaushalt", daß Sie Bundesmittel, die Sie bekommen, als Land für sich beanspruchen, daß Sie Strukturhilfemittel zum Thema Bonn-Berlin-Ausgleich sich selbst anrechnen. Dann kommen vielleicht ein paar Prozente heraus. Das hat mit einer kontinuierlichen Wissenschaftspolitik nichts zu tun.

Frau Ministerin! Es bleibt dabei - das ist schlimm, das ändern Sie die ganzen Jahre nicht, Sie müssen es aber ändern -: Nordrhein-Westfalens Studenten sind am schlechtesten dran.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Dr. Manfred Dammeier [SPD])

Nordrhein-Westfalen steht mit Ausgaben für Wissenschaft und Forschung im Ländervergleich in

(C)

(D)

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) Höhe von 10.900 DM pro Kopf - pro Student muß man sagen - an allerletzter Stelle. Das ist ein Fakt. Da können Sie nicht sagen: "Das stört uns weiter nicht. Bei uns ist alles in Ordnung." Daran müssen Sie etwas ändern. Das haben Sie in den letzten Jahren immer wieder kläglichst versäumt.

Wenn Sie sich hinstellen - man kann es kaum noch hören -: 16 Jahre Bonn, Kohl, und dann Ihre Ankündigungen und Ihr Votum darüber!

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Sie müssen es aber hören!)

Hören Sie doch einmal zu! Wir haben hier im Landtag über das Thema Zuständigkeit für Wissenschaftspolitik vor einigen Jahren diskutiert - aufgrund unserer Antragstellung. Was hat der Bund zu tun? Was haben die Länder zu tun? Ich will Ihnen sagen, was wir hier gemeinsam beschlossen haben. Ich darf es noch einmal zitieren. Wir haben beschlossen:

"In der Bundesrepublik Deutschland liegen Verantwortung und Zuständigkeit für die Bildungspolitik gemäß der föderativen Staatsstruktur und der Verfassung Artikel 30 Grundgesetz bei den 16 Ländern. Die Länder entscheiden über wesentliche Strukturfragen des Bildungswesens. Sie unterhalten in aller Regel Schulen und Hochschulen. Entsprechend haben sie grundsätzlich auch die Ausgaben für die Bildungseinrichtungen zu tragen."

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir hier gemeinsam beschlossen. Deswegen lassen Sie den Verweis auf Bonn oder Berlin. Außerdem haben Sie da jetzt das Sagen und können doch alles in Ordnung bringen! Das geschieht aber nicht.

(Zuruf von der SPD)

- Schreien Sie nicht! Wer schreit, hat Unrecht!

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sehr schön!  
- Zurufe von der SPD)

Zum Thema Qualitätspakt zwei Zitate von so vielen. Herr Weber, Rektor der Universität Paderborn, seinerzeit auch Sprecher der Rektorenkonferenz, hat zum Thema Qualitätspaket im "Generalanzeiger" vom 2.3.1999 folgendes gesagt:

"Der geplante Abbau der 2000 Stellen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen zieht eine deutliche Verschlechterung der Studienbedingungen nach sich. Mit der ungünstigen

Betreuungsrelation von Lehrenden zu Studierenden schneiden die NRW-Hochschulen schon jetzt im Bundesvergleich am schlechtesten ab. Es muß befürchtet werden, daß die Bedeutung der Forschung als Impulsgeber für Wirtschaft und Gesellschaft geringer wird."

So Weber. - Ein zweites Zitat vom AStA der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Im Magazin des AStA, Universität Münster, von Mai 99 - das sind ja die Studierenden, von denen Sie meinen, daß Sie Ihre treuesten Wähler seien -:

"Der sogenannte Qualitätspakt ist eine reine Verschleierung der vom Land seit langen Jahren betriebenen Unterfinanzierung der gesamten Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen."

So der AStA. Weiter:

"Politisch bleibt festzuhalten, daß die SPD-Landesregierung Ihre jahrelangen Versprechungen gebrochen hat."

Soweit zwei Zitate.

Nun zu Ihrem Entschließungsantrag. Meine Damen und Herren! Ich habe da einmal drüber geguckt. Wortgenau kann man das ja gar nicht schaffen, wenn so ein Entschließungsantrag von drei Seiten zwischen den Reden hier verteilt wird. Dieser Antrag macht deutlich, und zwar auf dramatische Art und Weise, daß Sie große Sorgen haben, daß Ihnen der Qualitätspakt und der weitere Umgang mit ihm bis zum 14. Mai noch erhebliche Probleme bereiten kann. Deswegen versuchen Sie, mittels Nebelkerzen, mittels Verschleierungen, mittels Sand-in-die-Augen-streuen, den Eindruck zu erwecken, daß die Hochschulen doch noch eine Menge mitzureden hätten.

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie das, was Sie hier im Entschließungsantrag niedergelegt haben, zum Pakt, den die Hochschulen mit unterschrieben haben! Dann kann man darüber reden, ob das etwas ist, was ernstgemeint ist. Das tun Sie nicht. Sie reichen es hinterher. Sie werden diese Entschließung hier beschließen, aber sie ist nicht Gegenstand der Vereinbarung mit den Hochschulen. Da gehört sie hin und nicht einfach als Nebelkerze in den Landtag hinein!

Eine zweite Anmerkung dazu: Sie haben im zweiten Teil Ihres Antrages in besonderer Weise auf das Netzwerk Frauenforschung abgehoben und wollen damit deutlich machen, daß Sie bei den

(C)

(D)

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) Hochschulen auf keinen Fall versuchen, irgend etwas zu reduzieren oder einzugreifen. Wenn Sie das speziell auf die Frauenforschung hin ausrichten, müßte sichergestellt werden, daß Sie auch auf andere Bereiche der Hochschulen hin so etwas ausrichten. Es geht nicht, daß Sie das nur auf einen Bereich beschränken und andere Bereiche offensichtlich dem Zugriff überlassen bleiben.

Von daher gesehen, meine Damen und Herren: Dieser Antrag, den Sie nachgereicht haben, ist ein Zeichen von Angst mit Blick auf den 14. Mai. Nehmen Sie diesen Antrag als Bestandteil des Paktes! Lassen Sie ihn gleichfalls von den Hochschulen unterschreiben! Nur dann glauben die Ihnen auch. So nicht!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Kessel für die Fraktion der SPD.

- (B) **Dietrich Kessel (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade der letzte Beitrag von Herrn Kuhmichel reizt doch noch, einige Anmerkungen zu machen. Herr Kuhmichel, in jeder Ihrer Reden zum Haushalt hört man immer wieder lange Passagen, auch jetzt in Ihrem zweiten Beitrag, zu dem Thema Bauunterhaltung von Hochschulen beziehungsweise im Hochschulbereich.

Was mich dabei wundert, ist, wie Sie offensichtlich durch die Hochschulen gehen. Sie blicken offensichtlich ganz gezielt auf die Ecken, in denen es möglicherweise Defizite in der Bauunterhaltung gibt. Zugestandenerweise ist es der Fall, daß wir einigen Nachholbedarf haben.

Was aber in diesem Zusammenhang interessant ist: Sie berichten nie von den Erlebnissen, die Sie haben, wenn Sie beispielsweise an Richtfesten oder an Einweihungen von neuen Hochschulbauten teilnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen nur einmal drei Veranstaltungen, die mir ganz spontan aus den letzten Wochen einfallen, an denen auch Vertreter der CDU-Fraktion teilgenommen haben.

Forschungshaus der Universität - Gesamthochschule - Essen. Da waren wohl auch Sie dabei. Das war doch ein schönes Erlebnis. Das ist doch

- (C) ein phantastisches Gebäude. Warum reden Sie nur über Defizite in der Bauunterhaltung und nicht von den neuen Gebäuden, die wir im Hochschulbereich vorzuweisen haben?

Das zweite Beispiel ist ebenfalls aus den letzten Wochen: die Übergabe des neuen Gebäudes der Fachhochschule Gelsenkirchen, Standort Recklinghausen. Ein phantastisches Gebäude! Alle, die dort waren, auch die CDU-Vertreter, waren davon begeistert. Die Hochschullehrer waren davon begeistert. Phantastische Arbeitsbedingungen für die Studierenden!

Der dritte Punkt, ebenfalls aus den letzten Wochen - man könnte das sicher auch noch auf die Wochen vorher übertragen und auch da über das eine oder andere berichten -: Richtfest des Bibliotheksbaus der Fernuniversität in Hagen. Da war beispielsweise der neue Oberbürgermeister von Hagen dabei, und ich hatte die Freude, mich kurz mit ihm auszutauschen. Er war begeistert von dem, was da entsteht.

Warum reden Sie denn nicht auch einmal von diesen Gebäuden und von diesen Aktivitäten, die sich vorweisen lassen?

(Beifall bei der SPD)

- (D) Ein zweiter Punkt, auf den ich doch noch kurz hinweisen will: Sie versuchen dauernd, die 60 Millionen DM, die wir aus nicht verwendeten Strukturhilfsmitteln in den Hochschulbereich bekommen haben, herunterzureden. Sie sind da ja auch ein bißchen in Gesellschaft einiger Rektoren. Ich verstehe die Kritik an dieser Aktion nicht. Wir sollten uns doch darüber freuen, daß wir 60 Millionen DM zusätzlich in den Hochschulbereich bekommen haben, die wir dort für sinnvolle Maßnahmen - Baumaßnahmen und Investitionen - einsetzen können.

Wenn der Rektor der Universität zu Köln glaubt, diese 60 Millionen DM als tatsächlich zusätzlich in den Hochschulbereich gekommenes Geld in Frage zu stellen, dann ist er doch nicht so weit gegangen, daß er beispielsweise die Mittel, die aus diesen 60 Millionen für die Biotechnologie in Köln abgezweigt werden, abgelehnt hätte. Er hat sie akzeptiert, und das ist auch gut so. Von daher weiß ich nicht, was das Gerede über die 60 Millionen DM hier soll.

Der letzte Punkt, den ich gern noch ansprechen möchte: Qualitätspakt. Ich kann daraus nur den Schluß ziehen - und ich verstehe teilweise das,

(Dietrich Kessel [SPD])

- (A) was in den Hochschulen darüber geredet wird, nicht so ganz -: Durch den Qualitätspakt, durch die fünfjährige Planungssicherheit, durch die Tatsache, daß wir über den Qualitätspakt unter dem Strich für den Hochschulbereich mehr Geld haben, als wir zuvor hatten, sind die Hochschulen - ich wage das im Angesicht meiner Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Landtagsfraktion kaum zu sagen - so privilegiert wie kein anderer Bereich der Landesverwaltung. Auch das muß man hier einmal feststellen. Das zeigt doch mit aller Deutlichkeit, daß die rot-grüne Koalition immer das wahrgemacht hat, was sie in ihren Programmen geschrieben hat, nämlich Priorität für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen. Dabei bleibt es, und dabei wird es auch nach dem 14. Mai bleiben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe** ich hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Zunächst haben wir über die **Änderungsanträge** abzustimmen.

- (B) Erstens ist abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4530**, Stichwort: Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Hochschulbereich. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir haben zweitens abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4531**, Stichwort: Geräteprogramm für Hochschulen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Drittens ist zu entscheiden über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4532**, Stichwort: Sicherung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Viertens ist abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4533**, Stichwort: Zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist damit **abgelehnt**. (C)

Fünftens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4534** ab, Stichwort: Schaffung einer Stellenreserve. Wer zustimmen möchte, möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Sechstens ist abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4535**, Stichwort: Finanzierung der Stellenreserve. Wer zustimmen möchte, gebe das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Wir haben nunmehr abzustimmen über den **Einzelplan 05 gemäß der Beschlußempfehlung Drucksache 12/4505**. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen will, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung **angenommen** worden. (D)

Ich rufe auf:

**Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

mit den Teilbereichen a) Arbeit und Soziales, b) Migration, c) Stadtentwicklung, d) Kultur und e) Sport.

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4515, **eröffne** die **Beratung** zum Teilbereich

**a) Arbeit und Soziales**

und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Arentz für die CDU-Fraktion das Wort.

**Hermann-Josef Arentz (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das zentrale Anliegen bei diesem Haushalt ist die Lage am Arbeitsmarkt. Bundeskanzler Schröder ist mit einem hohen Anspruch gestartet und hat gesagt,